Die Entstehung des Balkankriegs von 1912

Akademische Rede zur Jahresfeier

der

Hessischen

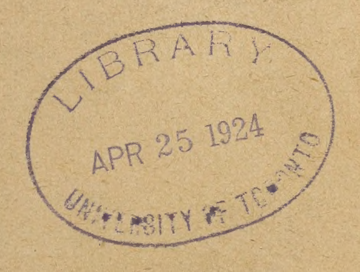
Ludwigs-Universität

am 1. Juli 1922

gehalten von dem derzeitigen Rektor

Dr. Gustav Roloff

Professor der mittleren und neueren Geschichte



GIESSEN 1922

v. Münchow'sche Universitäts-Druckerei Otto Kindt Wwe.



Hochgeehrte Gäste!
Liebe Kollegen und Kommilitonen!

Nach den Worten eines meiner Amtsvorgänger wäre es der Universität, der Dozenten wie der Studenten nicht würdig, in ungeschichtlicher Weise sich von dem abzuwenden, was für sie bis vor kurzem Geltung hatte und verehrt wurde, und so zu vergessen, was der frühere Staat und die Fürsten für Wissenschaft und Hochschule geleistet haben. Es ist daher selbstverständliche Pflicht des Rektors, an diesem Tage des besonderen Verhältnisses zu gedenken, in dem die Landes-Universität nach wie vor zu Ernst Ludwig, dem letzten Rector magnificentissimus, lebt, ihn mit Ehrfurcht zu begrüssen und ihn zu bitten, dem Ergehen der Ludoviciana auch fernerhin seine Teilnahme zu gewähren.

Wir können diesem ehrwürdigen Herkommen um so freieren Herzens unsern Zoll entrichten, als wir gleichzeitig auch der jetzigen Regierung für ihr Bestreben, die Universität auf ihrer Höhe zu erhalten und entsprechend neuen Anforderungen der Zeit zu vervollkommnen, durchaus Anerkennung und Dank entgegenbringen können. Es hiesse freilich den Tatsachen Gewalt antun und würde weder von Selbstachtung noch von Achtung vor der Regierung zeugen, wenn man behaupten wollte, dass in allen Dingen eine volle Harmonie zwischen Regierung und Universität geherrscht habe: es ist immer so gewesen, und wird wohl immer so bleiben, dass in der Beurteilung von Hochschulangelegenheiten Regierung und Hochschulen mitunter verschiedene Wege gehen, die Hauptsache ist aber der gute Wille zur gegenseitigen Verständigung, der Wunsch, in grundlegenden Fragen dem anderen gerecht zu werden, wenn nötig unter Zugeständnissen und unter Selbstüberwindung, und dass diese Gesinnung vorhanden ist, hat gerade die Regelung unseres

äusseren Verhältnisses zu dem letzten Rector magnificentissimus im abgelaufenen Jahre bezeugt.

Was die materielle Fürsorge der Regierung betrifft, so wird die Chronik bündige Beweise ihrer Opferwilligkeit erbringen. Leider sind ja, wie seit dem grossen Kriege jeder Rektor zu beklagen hatte, der Opferbereitschaft durch die ungünstige Lage unseres Vaterlandes starke Schranken gezogen, und ob die Entente nicht neue Schranken ersinnen wird, ist unsere tägliche Besorgnis. Der Druck der grossen Weltereignisse macht sich bis in den kleinsten Winkel unserer Seminarien und Laboratorien geltend, und daher ist es angemessen, wenn wir uns am heutigen Tage mit einem Problem der Zeitgeschichte beschäftigen, mit einem der Ereignisse, das wesentlich dazu beigetragen hat, den augenblicklichen Zustand der Welt vorzubereiten.

Seit Jahren liest und hört man täglich von der Schuldfrage, und selbst solche Kreise in unserem Vaterlande, die zeitweilig mit perverser Freude an der Selbstzerfleischung dem eignen Lande vorwarfen, den Krieg verursacht zu haben, geben jetzt der Anschauung Ausdruck, dass die deutsche Regierung nicht allein, sondern in Gemeinschaft mit den übrigen Regierungen die Schuld trage. Diese Formulierung findet hier und da auch in dem uns feindlich gesinnten Ausland Zustimmung, und man mag darin einen bescheidenen Fortschritt gegen das einseitige Verdammungsurteil von Versailles erblicken. Aber wenn sich schon das patriotische Gefühl gegen die gewisse Gleichsetzung Deutschlands mit unseren Feinden sträubt, so muss der objektive Historiker sie rundweg verwerfen: er darf nur von der alleinigen Schuld der Entente sprechen. Vor keinem Kriege ist die Rollenverteilung: hier politische Defensive, dort Offensive; hier Friedenswahrer, dort Friedensbrecher so deutlich gewesen wie vor dem Weltkriege. Und nicht etwa nur in der letzten Krisis, in den Julitagen 1914, zeigt sich dieser Unterschied zwischen den Mittelmächten und der Entente, nein, Jahre vorher wird der Charakter der europäischen Politik durch diesen Gegensatz bestimmt, und zwar leben die Gedanken auf Angriff und Eroberung nicht nur in den Regierungen: auch in den Völkern der Entente sind sie vertreten und treiben zur gewaltsamen Entladung.

Im Orient hat sich der Krieg entzündet, in der Orientpolitik sind auch die Vorbereitungen dazu am deutlichsten zu erkennen. Eine entscheidende Etappe auf dem Wege zum Kriege ist der Balkankrieg vom Jahre 1912. Seit dem Überfall des Bundes der christlichen Balkanstaaten auf die Pforte war das Vertrauen auf die Dauer des Friedens allenthalben erschüttert. Die Entstehung dieses verhängnisvollen Balkanbundes, der den Krieg möglich machen sollte, wollen wir heute kurz betrachten und insbesondere die Beziehungen Russlands zu diesem Ereignis feststellen: das Ergebnis wird unsere These von dem absoluten Kriegswillen innerhalb der Entente an diesem Einzelpunkte bestätigen.

Seitdem Russland, gezwungen durch die japanischen Waffen, den Kampf um die Beherrschung des Gelben Meeres aufgegeben und sich einer neuen aktiven Orientpolitik zugewendet hatte, wurde die Balkanhalbinsel wieder der Wetterwinkel der europäischen Politik. Nicht nur, dass Russland sich eine Offensivstellung im Schwarzen Meer zu schaffen suchte, auch die kleinen Balkanstaaten vertraten ihren Anspruch, den Sultan möglichst bald zu beerben, mit grösserem Nachdruck, wobei sich ihre Wünsche freilich kreuzten: Bulgaren, Griechen und Serben haderten um Mazedonien, Serben, Griechen und Montenegriner um Albanien, Rumänien endlich wollte keine Veränderung ohne eignen Zuwachs dulden. Zugleich war mit der neuen Wendung Russlands zum Orient wie vor einem Menschenalter untrennbar verbunden das Erstarken des Panslawismus. In Regierung und Nation lebte die Vorstellung, dass die kleinen Balkanstaaten und alle übrigen Slavenstämme mit Russland zusammen gehörten und in irgend einer Form seine politische Führung anerkennen müssten; nationale wie religiöse Mächte sollten das innere Band zwischen den verschiedenen Stämmen bilden. Ob das Russentum imstande war, eine so bunte Föderation zu leiten, ob insbesondere die schon der Selbständigkeit gewohnten Balkanstaaten sich der moskowitischen Führung dauernd beugen würden, war eine spätere Sorge; einstweilen fand der slawische Gedanke am Balkan lebhaften Anklang, weil er den christlichen Völkern die Hilfe Russlands gegen die Türkei zu verbürgen schien. Und wie den Angriffsgeist gegen die Pforte belebte

der Panslawismus auch die nationalen Wünsche der Balkanstaaten, die in andere Richtung wiesen, vor allem die großserbische Idee, die von einer Vereinigung aller Serben, der mazedonischen wie der österreichisch-ungarischen, mit dem Königreich träumte. Zerstörung Österreichs war Vorbedingung für die Erfüllung der panslawistischen Ideen, und ebenso selbstverständlich war kulturelle Feindschaft gegen das Deutschtum, dessen Überlegenheit man nicht leugnen konnte und eben deshalb drückend empfand. Die neue panslawistische Welle zog sofort weiteste Kreise: in Mazedonien wurden die Aufstände der Christen häufiger und gefährlicher; in Bosnien und anderen Habsburgischen Ländern begannen allerlei Agitationen, um die serbische Bevölkerung für den großserbischen Gedanken zu gewinnen. Die Türkei war der zunächst bedrohte Staat. Sie suchte sich durch die jungtürkische Revolution von 1908 zu retten und den osmanischen Kriegerstaat mit einem Schlage zu modernisieren und zu zentralisieren, aber mit dem verzweifelten Sprung ins Neue wendete sie sich nicht allein gegen die Balkanstaaten, sondern auch gegen Österreich, das als Regent Bosniens seit 1878 fast eine Million Muhamedaner unter seinem Szepter hatte. Österreich beschloss gegen die doppelte Gefahr, die seinen Besitz bedrohte, gegen die türkische wie die großserbische, einen Damm aufzurichten: es erklärte im Jahre 1908 Bosnien und die Herzegowina, die es kraft europäischen Mandats verwaltet hatte, zum integrierenden Bestandteile der Monarchie, um von jedem Versuche, ihm die Länder wieder abzufordern, abzuschrecken. Es war eine Tat, die einem schon lange bestehenden Zustande die entsprechende staatsrechtliche Form verlieh, und sie entsprach der öffentlichen Gerechtigkeit, denn die Habsburgische Regierung hatte durch grosse Opfer an Blut und Gut in dem Lande die ersten Keime der Kultur gepflanzt, und überdies hatte jedermann bei der Übertragung an einen dauernden Besitz gedacht. Die Pforte fand sich denn auch bald zur Anerkennung des neuen Zustandes bereit, aber Serbien protestierte, von Russland unterstützt, aufs heftigste, weil es die großserbischen Hoffnungen gefährdet sah; beide fühlten ganz richtig, dass Österreich fortan der großserbischen Wühlerei nachdrücklicher als bisher entgegentreten werde. Nur

die Unfertigkeit der russischen Armee hat, wie massgebende Vertreter der Regierung und der öffentlichen Meinung öffentlich und vertraulich bekannten, damals den Frieden erhalten. Aber der Entschluss, bei günstiger Gelegenheit den Todeskampf gegen Österreich zu beginnen, stand fest, Serbien wurde daher für seinen bosnischen Anspruch auf die Zukunft vertröstet. Und dass der Krieg gegen die Habsburgische Monarchie auch den Krieg mit Deutschland bedeutete, bezweifelte man nicht. Ganz im Sinne der panslawistischen Agitation sagte damals (März 1909) der Zar dem Dumapräsidenten zur Weitergabe nach Serbien, ihm scheine, „dass der Zusammenstoss mit dem Germanentum in der Zukunft unausweichbar sei und dass man sich für denselben vorbereiten müsse“ (Deutschland schuldig? S. 114).

Vorbereitung auf den Kampf zur Zertrümmerung Österreichs-Ungarns und zur Lösung der Orientfrage im russischen Sinne ist daher das Leitmotiv der russischen Politik in den nächsten Jahren.

Auf Serbiens Gefolgschaft konnte Russland dabei unbedingt rechnen, aber es war natürlich, dass es sämtliche Balkanstaaten an seiner Seite zu haben wünschte. Vor allem galt es, Bulgarien, den kräftigsten Slavenstaat, zu gewinnen.

Den ersten Schritt scheint Serbien getan zu haben (März 1909), es steht dahin, ob aus eigener Initiative oder auf russischen Antrieb, jedenfalls erhielt die Petersburger Regierung sogleich davon Kenntnis und suchte die Annäherung der beiden Balkanstaaten lebendig zu fördern. Nicht minder der Ententegenosse in London: auf serbischen Wunsch verwendete sich der englische Gesandte in Sofia für eine enge serbisch-bulgarische Gemeinschaft, die, wie der serbische Minister unverhohlen aussprach, sich in erster Linie gegen Österreich-Ungarn richten sollte, also zweifellos eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellte (April 1909). Freilich gingen die Wünsche nicht sogleich in Erfüllung. Seit einem Menschenalter hatte Bulgarien genügenden Anlass zum Misstrauen gegen Serbien wie gegen Russland gehabt, und die letzte Krisis hatte die Kluft erweitert, da Bulgariens Unabhängigkeitserklärung im Zusammenhang mit der Annexion Bosniens erfolgt war. Zu einem Bruch

mit Österreich hatte aber die bulgarische Nation um so weniger Veranlassung, als sie nicht wie Serbien in Ungarn, sondern in Mazedonien, also auf türkischem Gebiet, durch kriegerische Politik einen Gewinn zu erzielen hoffen konnte. Zur lebhaften Unzufriedenheit Iswolskys, des russischen Ministers des Auswärtigen, hielt sich daher Bulgarien zurück. Eine entschiedene Ablehnung aller Bündnisanträge sprach es freilich nicht aus, da diese einen engen Anschluss an die Zentralmächte zur notwendigen Folge hätte haben müssen. Deren konservative Balkan-Politik war aber den bulgarischen Vergrösserungsabsichten in Mazedonien nicht günstig.

Gleichzeitig richteten sich die Blicke der Petersburger Politiker auf Italien. Dessen Rivalität mit seinem Dreibundsgenossen am Balkan und im Adriatischen Meere war ja allbekannt und hatte sich gerade in der bosnischen Frage deutlich offenbart. Zar Nikolaus begab sich persönlich nach Italien, um in der Zusammenkunft von Racconigi (24. Oktober 1909) die Verhandlungen mit Viktor Emanuel zu führen. Er fand den Boden gut vorbereitet. Ein Halbjahr vorher hatte König Eduard dem italienischen König von der Wahrscheinlichkeit eines deutsch-englischen Krieges gesprochen und die Gefahren, die das Dreibundsglied Italien dabei laufen werde, in so schwarzen Farben gemalt, dass die längst bestehende Neigung Viktor Emanuels wie seines Ministers Tittoni, Anlehnung beim Dreiverbande zu suchen, verstärkt worden war. Rasch wurde man einig, keine Ausdehnung einer dritten Macht, d. h. Österreich-Ungarns, auf dem Balkan zulassen zu wollen.

Die Verabredungen von Racconigi bilden nach dem Urteil eines Kenners wie des deutschen Staatssekretärs von Jagow eine wichtige Etappe auf dem Wege zum Weltkriege. Die gleichzeitigen Äusserungen der russischen Regierung lauten freilich anders. Russland wie Italien stellten in offiziellen Erklärungen als Grundprinzip ihrer Politik die Wahrung des bestehenden Zustandes auf der Balkanhalbinsel hin; Iswolsky liess sogar den Regierungen in Sofia, Belgrad und Cetinje einschärfen, dass „eine Verletzung der augenblicklichen Lage auf dem Balkan weder die Zustimmung noch die Unterstützung Russlands und Italiens finden werde"; seinem Botschafter in Berlin schrieb er,

die Annäherung an Italien enthalte keine feindselige Spitze gegen die Mittelmächte, ja er leugnete die Absicht, Italien dem Dreibund abspenstig zu machen, denn nach seiner Ansicht müsste „jeglicher Vorsatz das System der Allianzen, auf denen der Friede Europas solange beruht hat, zu stürzen, eine ernste Bedrohung dieses Friedens bedeuten“[1]).

Wir haben sogar noch mehr der Zeugnisse für eine konservative und friedliche Politik der russischen Regierung nach der bosnischen Krisis. Wenn es ihr mit der dauernden Erhaltung der Ruhe Ernst war, musste sie versuchen, sollte man meinen, auch mit Österreich-Ungarn, dem Hauptrivalen auf dem gefährlichen Boden der Balkanhalbinsel, auf besseren Fuss zu kommen. In der Tat ist das geschehen. Unmittelbar nach der Zusammenkunft von Racconigi begannen Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg zur Beseitigung der seit 1908 bestehenden Spannung, und nach wenigen Monaten (März 1910) konnten beide Regierungen der Welt verkünden, dass ihre Balkanpolitik die gleichen Grundsätze verfolge: Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes und friedliche Entwicklung der kleinen Balkanvölker. Mit diesem Programm schien das spezielle Verhältnis Russlands zur Pforte, deren Gebiet ja bei jeder Veränderung am Balkan vornehmlich gefährdet war, aufs beste zu harmonieren. Geflissentlich betonte Russland die guten Beziehungen zum Sultan, eine türkische Sondergesandtschaft wurde in Livadia empfangen (Oktober 1909), die Presse vertrat die Idee eines allgemeinen Balkanbundes unter Einschluss der Pforte, und die Regierung behandelte diesen Gedanken so wohlwollend, dass viele europäische Diplomaten, wie wir von den Belgiern erfahren, überzeugt waren, Russland erstrebe ein solches Bündnis und habe die Entscheidung der Meerengenfrage einstweilen aufgegeben.

So scheint die russische Politik seit dem Frühjahr 1909 eine völlige Schwenkung vorgenommen zu haben: unmöglich lassen sich doch ein solch friedliches Zusammengehen mit Österreich und die Stabilisierung der Balkanverhältnisse mit der hasserfüllten panslawistischen Aktionspolitik, zu der sich der Zar

[1]) von Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Balkanpolitik. Berlin 1921. S. 455.

wie Iswolsky bekannt hatten, vereinigen. Aber der Widerspruch löst sich leicht. Denn diese friedliche und Neuerungen ablehnende Richtung galt nur für beschränkte Zeit; sie war bestimmt, Österreich einstweilen zu binden, damit Russland nicht wieder, ehe seine militärischen Vorbereitungen beendet waren, vor orientalische Überraschungen gestellt werden könne. Keinen Augenblick dachten der Zar und Iswolsky daran, die mit guten Beziehungen zur Donaumonarchie unverträgliche panslawistische Politik aufzugeben, denn in jener Mitteilung an die Balkanstaaten wies Iswolsky zugleich bedeutungsvoll darauf hin, dass Russland grade als „Beschützer der slawischen Interessen auf dem Balkan" den Grundsatz „der Balkan den Balkanvölkern" proklamiere, und wenige Monate vorher hatte er starken Unwillen darüber geäussert, dass Bulgarien dem Gedanken der slawischen Solidarität wenig zugänglich sei und anscheinend gar mit Österreich unterhandle (16. August 1909). Eine Politik, die solche Gesinnung in Bulgarien, Serbien und Montenegro heimisch zu machen strebte, musste früher oder später zum Zusammenstoss mit der Pforte oder Österreich führen. Stets behielt sich die russische Regierung die Möglichkeit vor, den Anstoss zu orientalischen Verwicklungen zu geben, wenn sie die Zeit gekommen glaubte. Aus diesem Grunde wies Iswolsky die nach der Zusammenkunft von Racconigi auftauchende Idee, die Erhaltung des status quo im Orient durch ein allgemeines Abkommen der Grossmächte garantieren zu lassen, weit von sich (November 1909). Bezeichnend genug fand er darin durchaus den Beifall der englischen Regierung: es schien offenbar leichter, der in unverbindlicher Form mit Italien ausgetauschten und mit Österreich noch auszutauschenden Versicherungen zu gegebener Zeit ledig zu werden, als eines internationalen, fest formulierten Vertrages.[1]) Zum Überfluss haben wir ein ausdrückliches Zeugnis, wie wenig das Zusamengehen mit der Doppelmonarchie auf die Dauer berechnet war. Während jener Verhandlungen mit Österreich schrieb der russische Botschafter in Paris, Baron

---

[1]) Die Tatsache, dass Russland und England ein solches Abkommen als „unzeitgemäss" und „gefährlich" erklärt haben, ergibt sich aus den bei Siebert, S. 144, 145, 453 mitgeteilten Aktenstücken. Von wem der Vorschlag stammt, ist nicht ersichtlich, vermutlich von italienischer Seite.

Nelidow, an Iswolsky, nachdem er der Idee, mit Österreich eine Verständigung in der Balkanpolitik zu suchen, Beifall gezollt hatte: „Eine derartige Übereinkunft, für eine bestimmte Anzahl von Jahren geschlossen, lässt den Balkanstaaten vollkommene Freiheit, sowohl was ihre innere Entwicklung als auch ihre gegenseitigen Beziehungen anbelangt, welch letztere sie in jeder Beziehung ausbauen könnten. Gleichzeitig wäre Russland in den Stand gesetzt, in aller Sicherheit seine militärischen Kräfte auszubilden und sich für Ereignisse vorzubereiten, die nicht vermieden werden können. Unterdessen würde die weitere Entwickelung des ottomanischen Reiches klarer zutage treten, die dortigen Probleme würden reifen, und wir könnten den vorauszusehenden Ereignissen besser gerüstet entgegentreten“ (3. Februar 1910). Deutlich wird hier ausgesprochen, dass man mit neuen Umwälzungen auf der Balkanhalbinsel rechnen müsse, nicht minder deutlich wird die konservative Politik Russlands auf die Zeit seiner militärischen Unfertigkeit beschränkt, und endlich wird die Einigung der Balkanstaaten als Ziel der russischen Politik hingestellt: dass aber ein solches Bündnis einen antiösterreichischen und friedenstörenden Charakter haben musste, konnte dem Schreiber und Empfänger nicht zweifelhaft sein. Im Auslande liess man sich übrigens durch die friedliche Aussenseite der russischen Politik nicht täuschen. Die serbischen Politiker, die nur durch einen Umsturz der Machtverhältnisse etwas zu gewinnen hoffen konnten, rechneten „bestimmt damit, dass der Besuch in Racconigi für Serbien günstige Folgen haben werde“ [1]) und in Berlin wurde wenige Monate später in der öffentlichen Meinung wie in der Regierung die Besorgnis vor einem allgemeinen Balkanbunde unter russischer Führung mit antiösterreichischer Spitze wach.[2])

Nicht minder deutlich wie hierin enthüllt sich der wahre Charakter der russischen Politik in den Beziehungen zur Türkei. Wer wirklich den osmannischen Staat unversehrt erhalten wollte, wie das die Behauptung des status quo verlangt hätte, musste

---

[1]) So äusserte sich Milowanowitsch zu Benckendorff. Benckendorff an Iswolsky. 30. Okt. 1909. Siebert, S. 453.

[2]) Der russische Geschäftsträger in Berlin an Iswolsky. 18. März 1910. Siebert, S. 703.

auch die militärische Kräftigung der Türkei wünschen. Denn dass Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro ihrer Begehrlichkeit nach mazedonischem und albanischem Gebiet desto stärkere Zügel anlegen mussten, je kräftiger die Pforte war, musste jedem einleuchten. Aber Russland suchte eine solche militärische Stärkung der Pforte gerade zu verhindern. In denselben Tagen, da der Botschafter in Konstantinopel sich ostensibel um eine Verständigung zwischen Bulgarien und der Pforte bemühte[1]), warnte er seine Regierung vor der Absicht des türkischen Ministeriums, seine Marine zu verstärken, die es den Russen unmöglich machen könne, „auf die eine oder die andere Weise den Bosporus und die ganze türkische Küste zu bedrohen“ (21. April 1910. Siebert S. 294). In Petersburg fielen diese Nachrichten, falls man ihrer noch bedurft hat, auf fruchtbaren Boden. Als die türkische Regierung kurz darauf (Juni 1910) eine Anleihe von 150 Millionen Franken in Paris aufzunehmen versuchte, erhob Iswolsky scharfen Einspruch dagegen. Nur unter solchen Bedingungen dürfe Frankreich die Anleihe gewähren, die eine militärische Stärkung der Pforte ausschlössen: sonst werde Russland seine Truppen an der kaukasischen Grenze auf Kosten der Westgrenze verstärken müssen. Diesem wuchtigen Argument konnte sich die französische Regierung nicht verschliessen. Pichon versuchte zwar die Genehmigung des Petersburger Freundes zu erhalten, indem er der Pforte die Verpflichtung auferlegen wollte, „die türkische Politik unabhängig von der Deutschlands zu machen und die immer noch bestehenden Beziehungen zwischen Konstantinopel und Berlin hinsichtlich militärischer Instrukteure, Munitionslieferungen und Eisenbahnbauten so weit wie möglich zu lockern“[2]), aber Iswolsky blieb fest, und Frankreich musste auf das Geschäft verzichten. Auch der englische Markt verschloss sich auf russischen Wunsch den Türken. „Der Mechanismus der Entente“ arbeitete vortrefflich; eine schwache Türkei war für Russland ein bequemeres Eroberungsobjekt und liess sich, solange es noch nicht so weit war, jedenfalls in allen Fragen der persischen und

[1]) Belgische Aktenstücke, Schwertfeger III S. 172, 175, 194 und an anderen Stellen.

[2]) Die Korrespondenz hierüber bei Siebert S. 297 ff.

Bagdadbahnpolitik leichter als eine starke unter englisch-russischen Willen beugen. Einstweilen beherrschte allerdings die Entente die Welt noch nicht. Die Türken erhielten, was sie brauchten, in Deutschland und Österreich-Ungarn und brachten der russischen Regierung seitdem ausgesprochenes Misstrauen entgegen[1]).

Angesichts der Absicht der Türkei, die Zurückhaltung der russischen Politik zu ihrer eignen politischen und militärischen Stärkung zu benutzen, hat die russische Regierung offenbar den Gedanken eines allgemeinen Balkanbundes fallen lassen. Ob dabei noch das von Paris und London aus verbreitete Gerücht, die Pforte habe mit Rumänien eine Militärkonvention abgeschlossen, um sich dem Dreibund anzugliedern (Sept. 1910), eine Rolle gespielt hat, steht dahin; jedenfalls wird seit dieser Zeit (Sommer 1910) die allgemeine Balkankonföderation nicht mehr erwähnt. Um so eifriger wird dagegen die Idee eines Bundes zwischen Serbien und Bulgarien gepflegt. Unter Hinweis auf die türkenfreundliche Politik Rumäniens empfahl Sasonow, seit Herbst 1910 Minister des Auswärtigen, der bulgarischen Regierung dringend engeren Anschluss an Serbien, um im Falle eines Konflikts mit der Pforte einen Rückhalt zu haben (Sept. Okt. 1910)[1]), und der russische Gesandte in Sofia führte diesen Gedanken sogleich weiter aus. Man müsse, schreibt er, Bulgarien überzeugen, dass es durch den Anschluss an Serbien und folglich an die Entente „sich damit auch die restlose Verwirklichung des nationalen Ideals zusichert". Russland seinerseits müsse, um Bulgarien Vertrauen einzuflössen und alle slawischen Balkanstaaten unter seiner Führung zu einigen, seiner Politik einen „nationalen und slawischen" Charakter aufprägen (25. Nov. 1910. Siebert S. 146). Also, den Balkanstaaten sollten zum Lohn für ein Bündnis mit Russland Eroberungen auf türkischem Boden verheissen werden, denn auf andere Weise war das nationale Ideal der Bulgaren nicht zu verwirklichen.

Die Gunst der Umstände kam den Russen zu Hilfe. In Mazedonien und Albanien hörten trotz der Reformversprechungen

---

[1]) Bericht des russischen Botschafters in Konstantinopel. 23. Okt. 1910. Siebert S. 301.

[1]) Siebert S. 145, 146.

der jungtürkischen Regierung die herkömmlichen Unruhen nicht auf und erweckten in Bulgarien wie Serbien den Eindruck, dass das konstitutionelle Regime dem Osmanenstaat keine neue Kraft einzuhauchen vermocht habe, vielmehr seine Selbstauflösung vorbereite. Natürlich wuchs die Neigung der Christenstaaten, in diesen Prozess einzugreifen und sich rechtzeitig das beanspruchte Gebiet zu sichern. Durch diese populäre Eroberungslust, die sich am stärksten in Bulgarien äusserte, hat sich offenbar der vorsichtige König Ferdinand bestimmen lassen, dem Gedanken einer Verwirklichung des „nationalen Ideals" näher zu treten, um nicht allen Boden in der Nation zu verlieren. Damit war zugleich auch die Notwendigkeit einer Verbindung mit Serbien gegeben. Denn nur in Gemeinschaft mit Serbien durfte man hoffen, der militärisch immer noch unverächtlichen Türkei die begehrten Provinzen zu entreissen, und nur nach Verständigung mit dem Nachbar konnte ein Bruderkampf unter den christlichen Völkern um die Beute vermieden werden. Den russischen Balkandiplomaten trugen es ihre Gesinnungsgenossen aus Bulgarien zu, dass Ferdinand in seiner österreichfreundlichen Politik zu wanken beginne (März 1911), und wenige Tage darauf bestätigte ein Ministerwechsel in Sofia die Wendung (März 1911). Geschow, der neue Ministerpräsident und Leiter der auswärtigen Politik, war bekannt als Anhänger Russlands; Danew, der, wie er dem russischen Gesandten sagte, in einer serbisch-bulgarischen Koalition einen Damm gegen Österreich aufrichten wollte, um Bulgarien den Weg nach Saloniki frei zu machen, war der Hauptführer der Kammermehrheit. Sogleich schickte sich Hartwig, der russische Gesandte in Belgrad, der eifrigste Förderer des Panslavismus, an, in persönlichen Verhandlungen mit den neuen, ihm schon bekannten bulgarischen Ministern die Annäherung an Serbien zu betreiben (Ende Mai 1911. Siebert S. 149); wir erfahren zwar nichts näheres hierüber, aber es geht schon aus seiner Absicht hervor, dass sich Bulgarien und Serbien auf dem Wege zueinander befanden.

Wiederum kamen die Weltereignisse den Allianzideen zu Hilfe. Die Unruhen in Mazedonien und Albanien wuchsen, die Marokkokrisis steigerte die Angriffslust in Bulgarien und Ser-

bien, da man bei einem allgemeinen Konflikt nach der Parteinahme Englands im Sommer 1911 auf die englische Feindschaft gegen die Mittelmächte, die Beschützer der Pforte, rechnen durfte, vor allem wirkte der italienische Überfall auf Tripolis im Oktober 1911 anfeuernd: jetzt war ja die Türkei von innen und aussen bedroht, sollten Bulgaren und Serben nicht ebensogut wie die Italiener ein Stück Türkei erobern können? Die bulgarische Regierung zog sogleich die Konsequenzen aus der neuen Lage. Geschow, der bei Beginn des italienisch-türkischen Krieges eine Badekur in Frankreich gebrauchte, eilte sogleich über Paris, wo er mit dem Minister des Auswärtigen Rücksprache nahm, nach Wien, um hier mit dem russischen Botschafter sowie mit serbischen und bulgarischen Diplomaten zu verhandeln[1]). Eine Besprechung mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen, dem Grafen Ährenthal, liess sich nicht umgehen, aber er suchte ihm seine wahren Gedanken zu verstecken: als ihm der Österreicher von der Lokalisierung des türkisch-italienischen Krieges sprach, erwiderte er, von Bulgarien drohe dem Frieden keine Gefahr, wohl aber von der Türkei. Im Gegensatz zu diesem Bekenntnis zur defensiven Politik wandte er sich sogleich im strengsten Vertrauen an den russischen Botschafter mit der Frage, welche Unterstützung Bulgarien von Russland erhalten könne, wenn es einen Bund mit Serbien schlösse, denn es sei kein Zweifel, dass Österreich, die Pforte und Rumänien in einer solchen Allianz eine feindselige Handlung erblicken würden. Der Botschafter, hierüber nicht instruiert, sprach seine Freude über „die Vereinigung des griechisch-orthodoxen slawischen Elementes“ aus, empfahl aber entsprechend der von Russland seit einigen Jahren aus den bekannten Gründen betonten Zurückhaltung strenge Neutralität und erhielt das Versprechen, der künftige Bund werde auf der Balkanhalbinsel nichts unternehmen, ohne Russland vorher in Kenntnis zu setzen (8. Okt. Siebert S. 152). Die vom russischen Wohlwollen begleiteten Verhandlungen mit Serbien schritten rasch vorwärts. Zunächst gewann Geschow die Zustimmung seines Königs zu einem Bündnis mit Serbien unter russischem Protektorat, dann reiste er nach Belgrad, um die Angelegen-

[1]) Geschow, l'alliance balcanique Paris 1915. — Siebert S. 152.

heit zum Abschluss zu bringen (Oktober 1911). Der Bund sollte sich gegen die Pforte richten: man wollte nach dem bulgarischen Vorschlag die Autonomie Mazedoniens verlangen, und wenn sie, wie zu erwarten, nicht zu erreichen war, zur Eroberung und Teilung schreiten. In Belgrad fand der Bulgare bald Zustimmung, aber das Programm war den Serben nicht umfassend genug: Milowanowitsch, der serbische Minister des Auswärtigen, meinte, die Lösung würde sehr vereinfacht sein, „wenn gleichzeitig mit der Liquidation der Türkei der Zerfall Österreich-Ungarns eintreten könnte, da Serbien dann Bosnien und die Herzegowina, und Rumänien Siebenbürgen erhalten würde und man ein Eingreifen Rumäniens in unseren Krieg gegen die Türkei nicht zu befürchten haben würde"[1]. Aber obgleich auch Frankreich die Einigungsbestrebungen zu fördern bemüht war[2], kam man nicht sogleich zum Schluss. Anscheinend hat König Ferdinand noch einmal in persönlicher Verhandlung mit Ährenthal versucht, das bulgarische Nationalziel mit Hilfe der Mittelmächte zu erreichen, aber mag er in Wien kein Entgegenkommen gefunden haben, oder mag er, wie Danew aus seinen Äusserungen schloss, die Überzeugung erlangt haben, dass die Entente jetzt der stärkere, also der aussichtsreichere Teil sei, genug, die russische Partei in Bulgarien war schon Ende 1911 überzeugt, dass der König das Abkommen nicht mehr verhindern könne, und dann, schrieb der russische Gesandte triumphierend, „wird es für ihn und Bulgarien kein Zurück mehr geben" (12. Dez. 1911. Siebert S. 153). Es war Musik in den Ohren Sasonows, der Ferdinands Reise nach Wien mit grossem Unbehagen gesehen, aber dabei nach den Worten des serbischen Gesandten seine Hoffnung auf die „slawischen Sentiments des bulgarischen Volkes gesetzt hatte"[3]. Und wiederum wurde die russische Politik vom Glück begünstigt: die „slawischen Sentiments" in Bulgarien erhielten einen neuen Antrieb durch einen blutigen Zusammenstoss zwischen Türken und Christen in Mazedonien (bei Istip Anfang Dezember); das Volk schrie nach

[1]) Geschow, l'alliance balcanique. Paris 1915. S. 27.

[2]) Geschow S. 42.

[3]) Deutschland schuldig? S. 123. Bericht des serbischen Gesandten vom 17. Dezember.

Rache und Befreiung der geknechteten Brüder. Die letzten Phasen der Verhandlung sind uns wieder unbekannt, endlich krönte am 13. März 1922 ein Bündnis alle diplomatischen Anstrengungen. Es sollte den gemeinsamen Angriff auf die Türkei vorbereiten, setzte die Einzelheiten der gegenseitigen Unterstützung sowie die Verteilung des eroberten Landes fest und bestellte den Zaren zum Schiedsrichter in allen etwa auftauchenden Streitigkeiten. Vertrag und Vorbereitungen sollten strenges Geheimnis bleiben; Russland allein, ohne dessen Einwilligung der Krieg nicht begonnen werden sollte, wurde in alles eingeweiht; die übrigen Ententestaaten erfuhren nur die Tatsache des Bündnisses und seinen allgemeinen Inhalt.

Das Bündnis richtete sich ausdrücklich auch gegen Österreich, falls es mit Serbien in Konflikt kommen sollte: einen gewaltigen Erfolg glaubte daher die russische Regierung in Händen zu haben. Der serbisch-bulgarische Block sollte nach ihrem Willen eine Schranke für den österreichisch-ungarischen Einfluss darstellen und bei der ersehnten Schlussabrechnung mit dem Nachbar wertvolle militärische Hilfe gewähren[1]. Noch fühlte man sich in Petersburg nicht stark genug, die Lunte, die den Weltbrand entzünden sollte, ins Pulverfass zu werfen, aber man bereitete sich auf allen Seiten dazu vor. Mit Japan wurde ein geheimer Vertrag geschlossen (8. Juli 1912), der mit einem europäischen Kriege in absehbarer Zeit rechnete und Japans wohlwollende Haltung in diesem Kriege mit der Preisgabe Kiautschous an Japan erkaufte[2]: es war also ein Krieg gegen die Mittelmächte, den Russland in Aussicht nahm. Zugleich bemühte man sich, seine Offensivkraft gegen die Pforte für diesen Fall zu stärken. Da die eigne Marine jetzt zu schwach war, um, wie es vor der Revolution geplant worden war, bei Kriegsausbruch Konstantinopel sogleich von der See her zu überfallen[3], so suchte Russland die Flotte des Bundesgenossen heranzuziehen: Frankreich versprach (16. Juli 1912) dem Freunde im Kriegsfalle maritime Unterstützung zur schleunigen Eroberung

[1]) So Miljukow 1916. — Wolden, Graf Ährenthal. Wien 1917. S. 208. — Siebert S. 154, 552.

[2]) Deutschland schuldig? S. 140.

[3]) Siebert S. 294.

der Seeherrschaft im Schwarzen Meer, und um sofort mit Nachdruck auftreten zu können, begann es zur grossen Genugtuung der Petersburger Regierung seine Seestreitkräfte unverzüglich im östlichen Mittelmeer zu verstärken, ja es verlegte sein Atlantisches Geschwader aus Brest nach Toulon. Die österreichisch-italienische Flotte konnte so von der französischen in Schach gehalten und vollends die österreichische allein, wenn, wie anzunehmen, Italien dem Dreibunde den Rücken kehrte, zur Bedeutungslosigkeit verurteilt werden. Wie mit der Pariser durfte Russland auch mit der Londoner Regierung zufrieden sein: sie stimmte der Verlegung der französischen Hauptmacht ins Mittelmeer ausdrücklich zu, hatte also gegen eine aktive Orientpolitik nichts einzuwenden. Schon ein Jahr zuvor hatte überdies die engliche Regierung erwiesen, dass ihr der Schutz des türkischen Länderbestandes völlig fernlag. Als die Pforte bei Beginn des italienischen Krieges in England ein enges Einvernehmen mit der Entente gegen die Garantie von Tripolis anbot, lehnte Grey kühl ab, und der russische Botschafter wusste zu berichten, dass er der Pforte wenig freundschaftlich gegenüberstehe (Nov. 1911. Siebert S. 305, 499).

Bei dieser sorgsamen Einleitung der grossen Offensive in gewisser Ferne war es Sasonow keinen Augenblick verborgen, dass er mit dem Widerstreben der eben geworbenen Helfer zu rechnen habe. Wenn sich auch, wie erwähnt, die Serben in die allgemeine antiösterreichische Richtung der russischen Politik einfügten, so wollten die Bulgaren nichts von der Vertagung ihrer mazedonischen Hoffnungen durch den Umweg über die Vernichtung Österreichs hören: sie hatten das serbische Bündnis geschlossen, um unverzüglich zum Angriff auf das bedrängte Osmanenreich schreiten zu können. Indessen Sasonow meinte mit Hilfe der Klausel, die die neuen Bundesgenossen verpflichtete, vor jeder aktiven Massregel Russlands Zustimmung einzuholen, den Bulgaren Zügel anlegen zu können[1]; er traute sich die Kraft zu, den Strom der nationalen Begehrlichkeit, dem er soeben neue Zuflüsse zugeführt hatte, um den Balkanbund zustande zu bringen, für die Zukunft zu regulieren und am Überschreiten der durch die russische Politik gezogenen Dämme zu hindern.

[1]) An Iswolsky 30. März 1912. Siebert 155.

Der Kampf zwischen der bulgarischen Ungeduld und der russischen Zurückhaltung begann sogleich. Als im Frühjahr in Bulgarien infolge des italienischen Krieges lebendige Kundgebungen gegen die Pforte stattfanden, warnte Sasonow in einer Dumarede (26. April) eindringlich vor „politischen Abenteuern", erreichte aber nur, dass die bulgarische Presse mit Anschluss an Österreich drohte, wenn Russland weiter Abwarten und Duldung der mazedonischen Greuel predige (Geschichts-Kalender 1912 S. 466). Dem Haupt der Russophilen, dem Sobranjepräsident Danew, der Sasonow persönlich von der Notwendigkeit eines schleunigen Krieges gegen die Pforte sprach, suchte er zu beweisen, „wie wenig ein aktives Vorgehen Bulgariens und die sich hieraus ergebenden Verwicklungen auf dem Balkan der russischen öffentlichen Meinung und unserer Regierung gefallen würden und wie unwahrscheinlich es sei, dass die Ereignisse im Falle eines allgemeinen Zusammenstosses eine für Bulgarien günstige Wendung nehmen würden". Als gar der Bulgare von der Absicht, Adrianopel zu erwerben, sprach, setzte er dem ein unbedingtes Veto entgegen, da diese Stadt in die russische Interessensphäre falle, und endlich riet er dringend von der Heranziehung Montenegros zum serbisch-bulgarischen Bunde ab.[1]) Er befürchtete mit Recht, Montenegro werde die Aktionslust innerhalb des Bundes steigern; schon vor drei Monaten hatte König Nikita einmal von Russland barsch zur Ruhe gemahnt werden müssen. (Deutschland schuldig? S. 124.)

Sasonow glaubte, Danew „beruhigt" zu haben: er sollte bald eines besseren belehrt werden. Zu derselben Zeit verhandelte Bulgarien mit Griechenland, um die alten mazedonischen Gegensätze zu begleichen und das hellenische Königreich zum Angriff auf die Türkei zu gewinnen. Sasonow wurde natürlich eingeweiht in die Verhandlungen und suchte in das Bündnis Bestimmungen hineinbringen zu lassen, die den Angriff erschwerten. Indessen der bulgarische König wie seine Minister und Militärs wiesen die russischen Wünsche ab:[2]) der bulgarische Angriffsgeist erhielt durch das griechische Bündnis

[1]) Sasonow an den Gesandten in Sofia. 30. Mai 1912. Siebert S. 522.
[2]) Der russische Gesandte an Sasonow. 20. Juni 1912. Siebert S. 155.

(abgeschlossen 29. Mai, ratifiziert Mitte Juni) abermals eine gewaltige Verstärkung.

In denselben Tagen sprach sich der bulgarische Finanzminister Todorow, der in Paris über eine Anleihe verhandelte, deutlich vor Iswolsky über die Pläne seiner Regierung aus: man müsse den Kampf zwischen Italienern und Türken, den natürlichen Feinden des Slawentums, „zur Erreichung seiner historischen Bestrebungen ausnutzen“. Russland brauche sich darüber nicht zu beunruhigen, denn Bulgarien werde den günstigen Augenblick abwarten, sich vorher mit Serbien, Griechenland und Montenegro verständigen und Rumänien durch eine Grenzberichtigung bei Silistria mit dem Vordringen Bulgariens nach Süden versöhnen. Russlands Wohlwollen hoffe man durch Schonung seiner Interessen an den Meerengen zu behaupten.[1]) Sasonow wies diesen und anderen kriegerischen Nachrichten gegenüber ernstlich auf die Möglichkeit von Friedensverhandlungen zwischen Italien und der Pforte hin, die „einem bulgarischen Vorgehen die praktische Grundlage entziehen“ und Bulgarien der Pforte isoliert gegenüberstellen würden (8. Juli), und als Montenegro wieder unruhig wurde, griff er zu schärferen Mitteln: er verabredete mit Italien eiuen gemeinsamen Druck in Cetinje (30. Juli), ja er drohte mit Entziehung der unentbehrlichen russischen Subsidien, wenn Montenegro in einigen Grenzstreitigkeiten der Pforte nicht Genugtuung gäbe (Anfang August).[2])

Aber man muss es immer wiederholen: diese russische Reserve bedeutete keine friedliche Politik von Dauer, sie sollte den späteren Losbruch nur um so wuchtiger gestalten. Als Frankreich eine Vermittlung im italienisch-türkischen Kriege anregte und, um die Vermittlung aussichtsreich zu machen, vorschlug, die vermittelnden Mächte sollten ihre „Uneigennützigkeit schriftlich bekräftigen“ (Mitte Juni. Siebert S. 515), lehnte Sasonow eine solche Bindung ab. „Die Unterzeichnung eines internationalen Aktes“ telegraphierte er seinem Iswolsky (10. Juni. Siebert S. 516), würde sowohl von der russischen öffentlichen Meinung, als in den slawischen Staaten so aufgefasst werden,

[1]) Iswolsky an Sasonow. 6. Juni 1912. Siebert S. 526.

[2]) Siebert S. 480. Gesch.-Kalender 1912. S. 329.

als ob Russland in Zukunft auf seine jahrhundertalte Politik auf dem Balkan verzichtet.“ Um diese hier für später verblümt zugestandene Offensivabsicht mit Hilfe des Balkanbundes wirksam ausführen zu können, legte er hohen Wert auf die Geheimhaltung des Bündnisses. Freilich liess sich das Geheimnis nicht aufrechterhalten, da der Mitwisser zu viele waren: schon im Juni brachte der Pariser „Temps“ eine bestimmte Nachricht über die Existenz einer solchen Koalition, und die Gerüchte schliefen seitdem nicht mehr ein[1]. Trotzdem suchte Sasonow den Tatbestand zu verbergen; bei der Kaiser-Zusammenkunft in Baltisch-Port (Anfang Juli) suchte er den deutschen Reichskanzler hinters Licht zu führen und in den folgenden Wochen hat er trotz jener Pariser Indiskretionen der deutschen Regierung das Bestehen eines Balkanbundes unter russischer Führung ausdrücklich bestritten. Das ist dieselbe Skrupellosigkeit, mit der er 1914 die längst begonnene Mobilmachung ableugnete.

Wenn diese verschlagene Politik ihre Urheber zur Unehrlichkeit gegen die Widersacher zwang, so brachte sie ihn auch in zweifelhafte Lage dem Bundesgenossen gegenüber. Frankreich hatte seinerzeit wacker mitgearbeitet, Bulgarien das serbische Bündnis in die Ententekreise zu ziehen: immer wenn Bulgarien, das sich in grossen finanziellen Nöten befand, um Gewährung einer Anleihe anklopfte, wurde ihm von Paris aus die Antwort, erst müsse es sich an die Entente anschliessen, ehe sich der Geldmarkt öffne.[2] Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Bündnisses kamen daher die finanziellen Verhandlungen in Fluss, nachdem auch Sasonow die Unterstützung

---

[1]) Die Herkunft dieser Nachricht ist noch nicht aufgeklärt. Nach gleichzeitigen Behauptungen französischer Journalisten verdankt der „Temps“ seine Nachricht einer Indiskretion in Petersburg; nach Paléologue (1912 Direktor im französ. Ministerium des Ausw.) soll sie König Ferdinand lanciert haben. Diese Behauptung ist wenig wahrscheinlich. Denn Ferdinand, der sich in diesen Tagen dem Angriffsgedanken hingegeben hatte, hatte das grösste Interesse an der Verheimlichung des Bundes. Übrigens würde er die Mittelmächte gewiss zuerst orientiert haben, wenn er das Geheimnis preisgeben wollte. (Vgl. Siebert S. 527.)

[2]) Der russische Gesandte in Sofia an Sasonow. 4. und 16. April. Siebert S. 155. — Sasonow an den Gesandten in Sofia. 30. Mai. — Iswolsky an Sasonow. 6. Juni. Siebert S. 522 ff.

des neuen Balkanfreundes in Paris warm empfohlen hatte (Mitte April 1912). Allerdings stockten sie wieder, da Poincaré noch starkes Misstrauen gegen König Ferdinand hegte, ein neues Eingreifen Sasonows brachte sie wieder vorwärts, und Todorow konnte Paris „über die erzielten Resultate sehr befriedigt“ verlassen (Anfang Juni).

Aber auch jetzt war Poincarés Misstrauen noch nicht beseitigt. Ehe er den endgiltigen Abschluss der Anleihe genehmigte, wünschte er, wie Iswolsky mitteilt, bestimmte Garantien, dass König Ferdinand nicht eine neue ententefeindliche Wendung der bulgarischen Politik hervorrufe. (20. Juni. Siebert S. 527.) Wir wissen nicht, wie Russland sich hierzu verhalten hat; die Vermutung liegt nahe, dass Sasonow die französische Zurückhaltung in Sofia diplomatisch ausgenutzt und die weitere Förderung des Anleihewunsches von der bulgarischen Balkanpolitik abhängig gemacht hat. Erfolg hat freilich das Mittel nicht gebracht, denn in allen Balkanstaaten stieg im Laufe des Sommers 1912 die kriegerische Erregung beständig; man erfuhr in der Öffentlichkeit bald von der Tatsache der Bündnisse und fühlte sich seitdem den Türken überlegen; man rechnete endlich auf die Teilnahme Russlands am Kampfe gegen den Halbmond. Die Gesandten der Balkanstaaten in Konstantinopel, voran der bulgarische, scheuten sich nicht, den russischen Botschafter immer wieder mit der Frage zu belästigen: „Wann wird Russland endlich zu handeln anfangen?“[1]) Vermutlich hat deshalb Sasonow die bulgarische Anleihe nicht mehr unterstützt, denn sie war noch nicht abgeschlossen, als Poincaré sich in Petersburg aufhielt (9.—16. August), um über die brennende Balkanfrage genau Rücksprache mit dem Bundesgenossen zu nehmen. Leider sind wir über ihre Gespräche nicht näher unterrichtet, da nur ein kurzer offizieller Bericht Sasonows vorliegt und Poincarés Erzählungen höchst unzuverlässig sind, zum Teil sogar bewusste Entstellungen enthalten. Nach Sasonow verabredeten die Minister, die Balkanereignisse genau zu verfolgen und „im Falle von Verwicklungen einen den Umständen angepassten gemeinsamen Plan zu vereinbaren, um auf diplo-

[1]) Der Botschafter in Konstantinopel an Sasonow. 29. August 1912. Siebert S. 538.

matischem Wege einer weiteren Verschärfung der Lage vorzubeugen". Der Beschluss sagt uns für die russische Politik nichts neues und die Zustimmung Poincarés erklärt sich schon aus dem Wunsche Russlands. Überdies betonte Poincaré, dass die französische Nation einen Krieg wegen einer Balkanfrage nicht billigen könne, aber nach Beteiligung Deutschlands vollauf ihre Bündnispflicht erfüllen werde.[1]) Dass darin keine Verpflichtung zu dauernder Friedenspolitik, sondern nur die Forderung nach einem zureichenden Kriegsvorwand ausgesprochen war, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, wozu Sasonow in diesen Tagen seinen Freund bestimmte, offenbart zur Genüge die kriegerischen Neigungen Poincarés, und als sich ein halbes Jahr später die Ereignisse gefährlich zuspitzten, war er der eifrigste Vertreter der Kriegspolitik. — In der aktiven bulgarischen Frage mag beschlossen worden sein, dass Frankreich die Anleihe verzögern oder ablehnen solle, um die bulgarische Kriegslust zu dämpfen: edenfalls ist sie nicht mehr zustande gekommen.

Aber die russisch-französische Ungnade fruchtete nichts. Denn wie bekannt, gingen die Kriegstreibereien in Bulgarien weiter. Fortwährend gab es Demonstrationen, die die Regierung bald mehr bald weniger drohend aufforderten, Mazedonien und Adrianopel dem türkischen Joche zu entreissen, die Regierung kam solchen Wünschen durch die Einziehung zahlreicher Reserven entgegen, und als die Pforte die aufständischen Albanesen durch das Versprechen der Autonomie zu beruhigen versuchte, war es selbstverständlich, dass man für die mazedonischen Christen mindestens dasselbe verlangte, wie für die Muhamedaner in Albanien. Auch Serbien, ursprünglich mehr geneigt, die Spitze des Degens gegen Österreich als gegen die Türkei zu richten, wurde jetzt von demselben Eroberungsgeist ergriffen und liess es an Demonstrationen nicht fehlen, schliesslich wurde ein förmliches Bündnis mit den mazedonischen Insurgenten über eine gemeinsame Aktion in Mazedonien und im Sandschak Novi Basar abgeschlossen (9. Sept.). Es war kein Zweifel: die Balkanstaaten schlugen alle Vorstellungen Russ-

[1]) Sasonows Bericht. Siebert S. 792.

lands in den Wind, auch ohne das französische Geld glaubten sie sich kriegsbereit. Und Russland liess trotz aller Gefahren, die ein vorzeitiger Balkankrieg bringen konnte, den Dingen ihren Lauf. Man sollte meinen, es hätte der russischen Regierung nicht schwer fallen können, durch ein donnerndes „quos ego“ nach Sofia und Belgrad die beiden Staaten ebenso zum Gehorsam zu bringen, wie vor einem halben Jahre den König der Schwarzen Berge, um so leichter, da ja Serbien stets mit einem Angriffe Österreichs zu rechnen hatte, wenn es durch einen Umsturz der Machtverhältnisse auf der Balkanhalbinsel dessen Interessen verletzte. Schon die Erklärung, Serbien der Rache der Wiener preisgeben zu wollen, hätte die Ruhe erhalten müssen. Aber eine solche Drohung oder nur ein kategorisches Verbot, den Angriff zu unternehmen, hat Sasonow nie ausgesprochen und konnte er nie aussprechen. Hier stehen wir an dem Punkte, wo innere und auswärtige Politik sich in Russland kreuzten und Sasonow seine Handlungsfreiheit verlor. Wie bemerkt, stand die Wendung gegen den Orient und vollends die feindselige Politik gegen Österreich im engsten Zusammenhange mit den panslavistischen Strömungen innerhalb der russischen Nation, und es ist bekannt, wie diese seit der russischen Revolution systematisch durch die Regierung gefördert wurden. Die erwähnten Bemerkungen des Zaren stimmen überein mit zahllosen Äusserungen der Presse, der Duma, der Vereine, insbesondere der Slavenkongresse, die bald innerhalb und ausserhalb Russlands abgehalten wurden. Alle verlangten beständig Unterstützung der Stammes- und Glaubensbrüder auf der Balkanhalbinsel, die Forderung der Befreiung Mazedoniens war in Russland nicht weniger populär als in Bulgarien. Nimmermehr konnte es daher Sasonow wagen, den Bulgaren und Serben den Angriff auf die Türkei zu verbieten: er hätte einen gewaltsamen Ausbruch seiner eignen Partei erwarten müssen. Dieser Charakter der Hilflosigkeit gegenüber dem bulgarischen Kriegswillen trägt die russische Politik bis zum Ausbruch des Krieges. Als die Vorbereitungen der Balkanstaaten immer deutlicher wurden, suchte Österreich-Ungarn den Krieg durch gleichzeitige energische Vorstellungen sämtlicher Grossmächte bei den Balkanstaaten wie in Konstantinopel

zu verhüten. In Sofia und Belgrad sollten die Mächte auf Einstellung der Rüstungen dringen und durch die Erklärung, dass der bestehende territoriale Zustand selbst für den Fall eines Krieges aufrecht erhalten werden solle, mit der Aussicht auf Gewinn zugleich die Neigung zum Kriege austilgen; in Konstantinopel sollten sie ernsthafte Reformen für Mazedonien fordern, um den Balkanstaaten den populären Kriegsvorwand zu entreissen (Mitte August). Wie alle Mächte stimmte auch Russland den Vorschlägen zu aber mit der Einschränkung, dass die Grossmächte dem Sultan die Reformen nicht geschlossen sondern einzeln empfehlen sollten: offenbar fürchtete Sasonow, das gemeinsame Vorgehen könne ihn an ein bestimmtes Programm binden, das ihn in Widerspruch mit den Annexionswünschen der Balkanstaaten und des russischen Volkes bringen werde. Bei gesondertem Auftreten liess sich ein solcher Konflikt dagegen leichter vermeiden. Ebenso bemühte er sich, die Mahnungen an Bulgarien und Serbien abzuschwächen. Sie hätten, schrieb sein Vertreter Neratow an den Botschafter in Wien (18. August. Siebert S. 534) nach den bisherigen Erfahrungen keine praktische Bedeutung und „könnten unter gewissen Bedingungen sogar das entgegengesetzte Resultat haben, indem sie die Stellung der Regierungen schwächen würden". Wiederum ist die Gebundenheit des Petersburger Kabinetts offenkundig. Die Schwächung oder der Sturz der kriegerisch gesinnten Ministerien in Sofia und Belgrad hätte gewiss zur Milderung der Kriegsgefahr dienen können, aber beide bestanden aus Anhängern Russlands, und schon deshalb wollte sie Sasonow nicht opfern. Vor allem aber hätte ein Vorgehen gegen sie einen Sturm in der öffentlichen Meinung entfesselt.

Um diese Zeit hat Sasonow offenbar bereits die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aufgegeben und sich auf die Wahrscheinlichkeit eines Balkankrieges eingerichtet. Ein Balkankrieg brachte aber die Möglichkeit eines grossen europäischen Zusammenstosses mit sich: sogleich hat er sich daher die Unterstützung Englands und Frankreichs für diesen Fall zu sichern gesucht. Dass er sie erhalten hat, ist allbekannt; sowohl Poincaré wie Grey und König Georg haben ihm die bündigsten

Zusagen gegeben, falls sich aus dem Balkankonflikt ein Krieg zwischen Russland und den Mittelmächten entwickle[1]).

Unter diesen Umständen ist es verständlich, dass die von Österreich angeregte Friedensaktion der Grossmächte ohne Ergebnis bleiben musste. Während die Grossmächte noch über die Form jener Mahnungen an die Balkanstaaten berieten, gab die bulgarische Regierung ihrer Absicht, den Krieg demnächst zu beginnen, in Petersburg wieder deutlichen Ausdruck (Mitte September. Rotbuch), und als die Mächte sich endlich äusserlich geeinigt und Österreich und Russland mit der Vorstellung hüben wie drüben beauftragt hatten, war es zu spät: als sich beide in Montenegro, das die Vorbereitungen am weitesten getrieben hatte, sich ihrer Aufgabe erledigten (8. Oktbr.), hatte König Nikita, der selbstverständlich über alle diplomatischen Vorgänge genau orientiert war, grade zwei Stunden zuvor den Krieg erklärt. Unter den Kanonenschüssen verhallten alle weiteren diplomatischen Versuche.

Die Balkanstaaten achteten auch den Beschluss der Mächte, den status quo bewahren zu wollen, für nichts. Sie wussten, dass Russland ihn nicht durchführen konnte, sobald es gelungen war, die Türken zu schlagen und türkische Provinzen zu besetzen. Wenn die russische öffentliche Meinung schon den Versuch, den Angriff auf die Pforte zu verhindern, so scharf verurteilte: was war dann von ihr zu erwarten, wenn der Zar in Gemeinschaft mit dem verhassten Österreich sich angeschickt hätte, den Balkanstaaten die Früchte ihrer Siege wieder zu entreissen! Russland musste also gewiss ruhig zusehen, Frankreich schloss sich vermutlich seinem Bundesgenossen an: also war das europäische Konzert gesprengt und zu erwarten, dass die Mächte die Tatsache der Verkleinerung des Osmanenstaates anerkennen würden. Die Rechnung war richtig. Sasonow hat später gar keinen Versuch gemacht, den status quo aufrechtzuerhalten, sondern er hat sich nach den ersten Niederlagen der Türken bemüht, von diesem Grundsatze loszukommen und die veränderten Verhältnisse nach Möglichkeit im russischen Interesse auszunutzen. Das hiess, wie nach dem Vorhergehen-

[1]) Gespräch Sasonows mit Poincaré (Aug. 1912. Siebert S. 795) und mit E. Grey und König Georg (Sept. 1912. Deutschland schuldig? S. 194).

den leicht verständlich ist, Hemmung des ungehorsamen bulgarischen Vasallen zugunsten des botmässigeren Serbien, des sicheren Helfers gegen Österreich. Die ganze russische Politik während der Lösung der Balkankrisis im Jahre 1912/13 legt hierfür Zeugnis ab.

Doch das sind Fragen, die über unser Thema hinaus in eine neue Phase der europäischen Politik führen. Für den Augenblick hatte es die russische Regierung erreicht, dass sie Dank der kriegerischen Bereitwilligkeit Englands und Frankreichs den etwaigen Konsequenzen des Krieges im Südosten mit gewisser Ruhe entgegensehen konnte, aber das ändert nichts daran, dass die Balkanstaaten ihr eine schwere diplomatische Niederlage beigebracht hatten. Nicht sie, die sich als berufene Führerin sämtlicher Slaven betrachtete, gab das Signal zum Kampfe, der unübersehbare Folgen haben konnte, sondern die kleinen Balkanstaaten; sie musste also darauf vorbereitet sein, mit noch nicht vollendeter Rüstung in den Entscheidungskampf gegen die Mittelmächte einzutreten. Und wir sehen heute, welche Wirkung dieser Fehlschlag in der russischen Rechnung gehabt hat: durch den Sieg über die Pforte und die gewaltige territoriale Vergrösserung im Jahre 1913 wurde die Begehrlichkeit und der Fanatismus Serbiens, des russischen Günstlings, so gesteigert, dass es nun binnen kürzester Frist Erfüllung seiner nationalen Hoffnungen nach der österreichisch-ungarischen Seite verlangte; Russland musste daher darauf gefasst sein, dass Serbien durch einen Angriff auf Österreich den grossen Weltbrand ebenso beschleunigte wie Bulgarien den Balkankrieg. Tatsächlich ist auch der grosse Krieg früher ausgebrochen, als die russische Regierung ursprünglich beabsichtigt hatte. Noch fehlte manches an der russischen Rüstung, noch waren insbesondere die strategischen Bahnen nicht vollendet, als Sasonow im Anschluss an die serbische Untat von Serajewo den Krieg mit den Mittelmächten provozierte und damit dem Zarenreiche den Untergang durch die deutschen Waffen bereitete. Wir kennen die Mächte, die die Petersburger Politiker zu diesem für die Welt und vor allem für Russland selbst unheilvollen Entschluss getrieben haben: panslavistische Eroberungs- und Herrschsucht, brutale Instinkte, die sich schon dadurch als bar-

barisch kennzeichnen, dass sie unzertrennlich sind von dem Hass gegen die den Russen unerreichbare deutsche Kultur. Man wollte sie zerstören, weil man sich durch ihre Grösse täglich beschämt fühlte. Es war Russlands Verhängnis, dass es in der grossen Krisis seit dem japanischen Kriege, als es seine äussere und innere Politik umgestalten musste, keine hinreichenden Gegengewichte gegen diese barbarischen revolutionären Gewalten besass. Seine massgebenden Männer, die Stolypin, Iswolsky, Sasonow, Nikolai Nikolajewitsch und andere konnten einen mässigenden und ordnenden Einfluss nicht geltend machen; sie dienten denselben Götzen, denen die Masse huldigte.

Die Masse und die ihr innewohnenden elementaren Kräfte der Tiefe kann aber nur bändigen, wer sich innerlich über sie erhebt. Führer der Nationen in kritischen Tagen können nur Männer sein, die im Denken und Fühlen die Gedanken und Wünsche der Tausende und Millionen gereinigt und veredelt widerspiegeln, Persönlichkeiten, die den Mut haben, unbrauchbare und törichte Lieblingswünsche der Menge unbekümmert um die Gefahr der Unpopularität bis aufs äusserste zu bekämpfen, die aber andererseits auch ideenreich genug sind, der Masse Ersatz für das ihr Genommene zu bieten. Cavour und Bismarck waren solche wahrhaft nationale Führer, die russischen Staatsmänner waren Demagogen. Sie hatten davon geträumt, ihr Volk ans Ziel der nationalen Sehnsucht zu bringen, sie mussten sich anstatt dessen dem Begehren der Massen beugen, von ihr nicht nur das Ziel, sondern auch den Weg bestimmen lassen, und das Ergebnis ihres Tuns war eine Weltkatastrophe und das Ende ihres Staates.

Nicht in Russland allein freilich herrschte die Demagogie, das Vorwalten der dumpfen Masseninstinkte gegenüber der geläuterten und geformten Staatsidee: Grey, Poincaré, Clémenceau, Sonino und wie sie alle heissen, sind die Prototypen desselben auf die Dauer unfruchtbaren nationalen Chauvinismus, und ob Lloyd George mehr ist, muss die nächste Zukunft entscheiden. Auch in Deutschland ist es nicht schwer, den verderblichen Einfluss der Demagogie der verschiedensten Richtungen in Krieg und Frieden bis zum heutigen Tage zu erweisen; nicht zum wenigsten geht auf das Überwuchern der kurzsichtigen oder

gar blinden Empfindungen, der leidenschaftlichen, durch Parteisucht oder allerlei Doktrinen gebundenen Triebe in Kriegführung und Politik unsere Niederlage und unser augenblickliches Elend zurück.

Angesichts dieser verderblichen Rolle der Demagogie in den letzten Jahrzehnten gibt es keine höhere Aufgabe für die Nationen, als sich von ihrem Geiste zu befreien; dasjenige Volk, das diese Notwendigkeit am schnellsten ergreift und erfüllt, wird die grösste Aussicht für die Zukunft haben; eine abgeklärte, wahrhaft innerlich freie Staatsleitung wird die wahren Interessen von Staat und Volk am besten vertreten, innerlich frei geleitete Parteien sie am besten erkennen können. Und für die Erkenntnis dieser Werte gibt es ein untrügliches Kennzeichen, das die Demagogie bald grundsätzlich verachtet, bald befangen oder absichtlich missversteht: den Zusammenhang zwischen dem Wohle der ganzen Menschheit und dem der Einzelnation. Keine Nation kann auf die Dauer gedeihen, deren Heil nicht mit der gesamten Kulturwelt verknüpft ist, wie andererseits die Menschheit nur fortschreiten kann, wenn die Individuen, die sie bilden, die Nationen, nach ihrer durch Natur und Geschichte bestimmten Eigenart der Gesamtheit in Freiheit dienen können. Nie darf in Vergessenheit geraten, dass alle Völker berufen sind, an dem sausenden Webstuhl der Zeit mitzuschaffen, und dass allein freie selbstbewusste Arbeiter der Gottheit lebendiges Kleid wirken können.

Welche Aufgabe angesichts dieses ungeheuren nationalen wie internationalen Problems uns, den akademischen Kreisen, den älteren wie den jüngeren, obliegt, braucht nur eben angedeutet zu werden. Wir, denen der Blick für alle geistigen Grössen durch wissenschaftliche Arbeit geschärft sein soll, sind zu besonderer Gewissenhaftigkeit in der Unterscheidung zwischen Demagogie und Führung verpflichtet; niemandem dürfen wir folgen und niemand von uns darf eine Führerstelle erstreben, in dem nicht das allgemeine Feuer heller und reiner als in der grossen Schar lodert. Mehr als in andern muss in uns das Gefühl der Verantwortlichkeit entwickelt sein, mehr als andere haben wir zu sorgen, dass nicht der Geist des Kleon, sondern der des Perikles unser öffentliches Leben beherrsche.

Exkurs.

Poincaré über das serbisch-bulgarische Bündnis.

Poincaré behauptet, er habe von der Existenz des Balkanbundes nichts gewusst, als die ersten Nachrichten darüber in der Presse erschienen. Weder die Balkanstaaten, noch Iswolsky, noch der Botschafter in Petersburg hätten ihn benachrichtigt (Poincaré, les origines de la guerre. Paris 1921. S. 117ff.). Kurz darauf erzählt er gar, er habe bis zu seiner Petersburger Reise nichts erfahren, und um mehr zu erfahren, als die Presse mitteile, habe er die Reise unternommen.

Diese Behauptungen sind falsch. Am 30. März instruierte Sasonow Iswolsky, zu gelegener Zeit Poincaré über den Abschluss des Balkanbundes und seinen allgemeinen Charakter zu unterrichten. Schon hiernach ist unwahrscheinlich, dass Poincaré Anfang Juni, als die ersten Nachrichten des „Temps" erschienen, nichts von dem Bündnis gewusst haben soll: schwerlich wird Iswolsky solange gezögert haben, seinen Auftrag auszuführen, zumal er wusste, dass die englische Regierung von Anfang an unterrichtet war (Siebert S. 154).

Weiter: Spätestens in der zweiten Hälfte Mai erhielt der bulgarische Finanzminister Todorow infolge der russischen Empfehlung günstige Aussichten für seine Anleihewünsche (Siebert S. 523). Poincaré sagt mit Bezug darauf, am 20. Juni zu Iswolsky (Siebert S. 527): „Sie wissen, dass die französische Regierung nur deshalb bereit gewesen ist, die bulgarische Anleihe in Paris zu erleichtern, weil die russische Regierung ihr erklärt hat, dass Bulgarien nach Abschluss eines geheimen Bündnisses mit Serbien fest entschlossen ist, sich auf die Seite der drei Ententemächte zu stellen." Hieraus geht hervor, dass Poincaré spätestens um Mitte Mai die Existenz des Geheimbundes gekannt hat.

Endlich sagt Poincaré an anderen Stellen, Iswolsky habe ihm mitgeteilt, dass die Balkanallianz die Aufrechterhaltung des status quo anstrebe, und er habe den Text in Petersburg kennen gelernt.

Er widerlegt somit seine oben zitierte Behauptung von seiner absoluten Unkenntnis selbst; seine ganze Darstellung ist innerlich widerspruchsvoll und die Erzählung der Petersburger Zusammenkunft insbesondere auf falscher Grundlage aufgebaut.

Poincaré behauptet, er sei von dem kriegerischen Geist der serbisch-bulgarischen Konvention überrascht gewesen, als er den Wortlaut in Petersburg erfahren habe. Da, wie oben bemerkt, Sasonow seine Instruktion vom 30. März ausgeführt haben wird, musste er wissen, dass das Bündnis abgeschlossen war „zu gegenseitiger Verteidigung und zum Schutze der gemeinsamen Interessen für den Fall der Veränderung des status quo auf dem Balkan oder des Angriffs einer dritten Macht auf eine der vertragschliessenden Parteien“ (Siebert S. 154). Was Schutz der „gemeinsamen Interessen“ für Serbien und Bulgarien bedeutete, und wie eine Veränderung des status quo ersehnt und vorbereitet wurde, wusste er längst und konnte es zum Überfluss aus der bulgarischen öffentlichen Meinung und den Äusserungen Todorows erfahren.

Ich gehe zur Geschichte des abgelaufenen Jahres über und gedenke da zuerst unserer Toten. Am 22. Januar ging Hermann Grassmann, Ordinarius für Mathematik, der unserer Hochschule seit 1904 angehört hat, von uns, am 16. März verschied der Geheime Hofrat Alexander Naumann, ordentlicher Professor für Chemie, Mitglied der Ludoviciana seit dem Jahre 1864, zuletzt im Ruhestand lebend. Am 30. April verstarb die Assistenzärztin an der Medizinischen Klinik, Fräulein Dr. Erika Thaer und am 16. Juni ebenso unerwartet aus der vollen Arbeit heraus der Oberkasseninspektor der Medizinischen-Haut- und Frauenklinik, Adolf Treppinger. Auch unter den Studierenden sind wieder Todesopfer zu beklagen. Am 18. September v. Js. starb — an den Folgen einer Kriegsverletzung — stud. med. Rudolf Burger aus Dillingen, am 3. Februar stud. math. Fritz Schwanhäuser aus Darmstadt, und am 2. Juni stud. theol. et phil. Richard Müller aus Friedberg.

Die Gesamtzahl der Studierenden betrug im Wintersemester 1921/22 einschliesslich Hospitantinnen, Hörern und Hörerinnen 2195. Im gegenwärtigen Sommersemester sind immatrikuliert 1853 Studierende, hinzu kommen noch 9 Hospitantinnen, 104 Hörer und 107 Hörerinnen.

Zahlreiche Änderungen sind wieder zu verzeichnen im Lehrkörper und in der Verwaltung der Universität.

Der ausserordentliche Professor Dr. Hans Schmidt in Tübingen und der Privatdozent Dr. Karl Ludwig Schmidt in Berlin sind berufen worden als Ordinarien für alt- bezw. neutestamentliche Theologie; Professor Hans Schmidt hat einen inzwischen an ihn ergangenen Ruf an die Universität Kiel erfreulicherweise nicht angenommen. Habilitiert hat sich der Studienrat Dr. phil. Lic. theol. Heinrich Adolph für das Fach der systematischen Theologie.

In der Juristischen Fakultät erhielt der ordentliche Professor für Römisches, Bürgerliches und Handelsrecht Dr. Otto Eger einen Ruf an die Universität Königsberg, ist uns aber, wie ich mit Befriedigung feststellen kann, erhalten geblieben. Dem Assistenten der Juristischen Fakultät Dr. Wilhelm Groh wurde die venia legendi erteilt für Bürgerliches und Sozialrecht. Lehraufträge erhielten Professor Dr. C. August Emge für Steuerrecht, Privatdozent Dr. Wilhelm Groh für Arbeitsrecht, und der Direktor der Zellenstrafanstalt in Butzbach Karl Stumpf für Gefängniswesen.

Unser vorjähriger Rektor, der ordentliche Professor Dr. Karl von Eicken, hat uns verlassen, um einem ehrenvollen Ruf an die Universität Berlin zu folgen. Sein Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten wurde Dr. Alfred Brüggemann, der seither schon

als ausserordentlicher Professor unserem Lehrkörper angehörte. Für Professor Dr. Elze, der einem Ruf nach Rostock Folge geleistet hat, wurde der ausserordentliche Professor an der Universität Heidelberg Dr. Hans Albert Petersen zum Prosektor am anatomischen Institut und ausserordentlichen Professor ernannt. Dem Oberarzt der medizinischen Klinik Professor Dr. Wilhelm Stepp wurde vom deutschen Roten Kreuz die Leitung des Alexanderhospitals zu St. Petersburg angetragen. Das Hospital geht nach einer zwischen dem Roten Kreuz und der Sowjetregierung getroffenen Vereinbarung nunmehr wieder in deutsche Hände über. Es soll in erster Linie der deutschen Russenhilfe dienen. Dem Leiter des Spitals fällt die Aufgabe zu, die während des Krieges verloren gegangene Verbindung zwischen der deutschen und der russischen medizinischen Wissenschaft wieder herstellen zu helfen. — Der Privatdozent Dr. Willy Siegel wurde zum ausserplanmässigen ausserordentlichen Professor ernannt. Habilitiert hat sich der Assistenz-Arzt an der Frauen-Klinik Dr. Adolf Seitz für Geburtshilfe und Gynäkologie. Lehraufträge erhielten: Der ordentliche Honorarprofessor Dr. med. et phil. Hermann Griesbach für Gewerbehygiene, Professor Dr. Wilhelm Stepp für medizinische Poliklinik, Professor Dr. med. et jur. Mathias Heinrich Göring für forensische Psychiatrie, und Privatdozent Dr. Robert Feulgen für physiologische Chemie.

Bei der Veterinär-medizinischen Fakultät wurde der Privatdozent Dr. Wilhelm Schauder, seither ausserplanmässiger Prosektor am veterinär-anatomischen Institut, zum planmässigen Prosektor an diesem Institut ernannt.

In der Philosophischen Fakultät haben Rufe erhalten der ordentliche Professor für semitische Philologie Dr. phil. Lic. theol. Paul Kahle an die Universität Königsberg, der ordentl. Professor für Volkswirtschaftslehre Dr. phil. et jur. Friedrich Lenz an die landwirtschaftliche Hochschulabteilung der deutschen Technischen Hochschule Prag, und der planmässige ausserordentliche Professor für Mineralogie und Petrographie Dr. Hans Schneiderhöhn an die Universität Hamburg. Die Herren Kahle und Lenz sind uns erfreulicher Weise erhalten geblieben, die Verhandlungen mit Herrn Schneiderhöhn sind jedoch noch nicht zum Abschluss gekommen, so dass sich zur Stunde noch nicht sagen lässt, ob er den Ruf annehmen wird. — Der ordentliche Professor für Archäologie Dr. Gerhart Rodenwaldt hat einen Ruf als Generalsekretär des archäologischen Instituts des Deutschen Reiches in Berlin angenommen. Seinen Lehrstuhl erhielt der Regierungsrat im Auswärtigen Amt Professor Dr. Richard Delbrück. — Als Nachfolger des verstorbenen Professor Dr. Sievers wurde der ordentliche Professor an der Universität Kiel Dr. Fritz Klute für Geographie berufen. Für den verstorbenen Professor Dr. Grassmann wurde der Privatdozent Dr. Hans Falckenberg in Königsberg zum planmässigen ausserordentlichen Professor für Mathematik bestellt. Ferner wurden ernannt die Herren Dr. phil. et jur. Friedrich Lenz, Inhaber der Siegmund Heichelheim-Professur, seitheriger planmässiger ausserordentlicher Professor zum ausserplanmässigen ordentlichen Professor, Professor Dr. Kurt Koffka zum Abteilungsvorsteher

für experimentelle Psychologie und Pädagogik und Privatdozent Dr. Hubert Erhard zum ausserplanmässigen ausserordentlichen Professor. Als Privatdozenten haben sich habilitiert die Herren Dr. Karl Karstien für deutsche Philologie und vergleichende Sprachwissenschaft, Dr. Heinrich Burk für Landwirtschaft, Dr. Theo Spira für englische Philologie, Dr. Paul Köttgen für geologische Bodenkunde, und Dr. Walter Klüpfel für Geologie. Dr. Percival Stegmann, seither beurlaubt, hat auf die venia legendi verzichtet. Lehraufträge erhielten: Professor Dr. Karl Uller für physikalische Technologie, Professor Dr. Felix Jentzsch für angewandte Optik, und Privatdozentin Dr. Margarete Bieber für archäologische Hilfswissenschaften.

Nach dem Ausscheiden des Prorektors Professor Dr. von Eicken hat Geheime Hofrat Professor Dr. Gisevius wieder den Vorsitz im Verwaltungs-Ausschuss übernommen.

Geheime Med.-Rat Professor Dr. Geppert wurde zum ständigen Referenten für das Gebührenwesen bestellt.

Am 1. September v. Js. ist der seitherige Direktor unserer Universitäts-Bibliothek, Geheime Hofrat Dr. Hermann Haupt in den Ruhestand getreten. Die Landesuniversität hat ihm in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste um die Bibliothek, an deren Spitze er seit dem Jahre 1885 gestanden hat, als Erstem die Würde eines Ehrenbürgers der Universität verliehen. Zu seinem Nachfolger wurde Professor Dr. Karl Ebel ernannt, der seither schon unserer Bibliothek als Bibliothekar angehörte. Die freigewordene Bibliothekarstelle wurde durch Dr. Georg Koch, seither Pfarrer in Langd, der in früheren Jahren ebenfalls bereits an der Bibliothek tätig war, neu besetzt. Die Bibliotheksgehilfin Elisabeth Melior wurde zur Oberassistentin ernannt.

Am 14. Dezember v. Js. konnte Geheime Med.-Rat Professor Dr. Sommer auf eine 25jährige Tätigkeit als Ordinarius für Psychiatrie zurückblicken. Der Rektor, der Dekan der Medizinischen Fakultät und zahlreiche Kollegen überbrachten dem Jubilar Glückwünsche an seinem Ehrentage. Am 20. November beging der Amtsgehilfe am Physiologischen Institut Johannes Möser sein 40jähriges Dienstjubiläum. Der Rektor übersandte ihm im Namen der Landes-Universität ein Glückwunschschreiben.

Zwei Kollegen begingen im Berichtsjahr ihren 70. Geburtstag, am 12. Oktober Geheime Med.-Rat Professor Dr. Bostroem, der Senior der Medizinischen Fakultät, und am 11. Juni Geheime Hofrat Professor Dr. Fromme. Die Landes-Universität liess beiden Herren ihre Glückwünsche darbringen. Ausserdem verlieh die Veterinär-medizinische Fakultät Geheime Med.-Rat Professor Dr. Bostroem die Würde eines Doktors der Veterinär-Medizin ehrenhalber.

Seit dem 1. April d. Js. ist die Philosophische Fakultät in 2 Abteilungen getrennt, eine geisteswissenschaftliche und eine naturwissenschaftliche Abteilung.

Am 5. Mai wurde an dem ehemaligen Wohnhaus des verdienten Giessener Pharmakologen Rudolf Buchheim († 1879), des Begründers der

experimentellen Pharmakologie und eines natürlichen Systems der Arzneimittel, eine Gedenktafel enthüllt.

Die Hoffnung, dass die Raumnot der Landes-Universität beseitigt werden könnte, hat sich leider noch nicht erfüllt. Es besteht jedoch begründete Aussicht, dass die jahrelangen Bemühungen der Stadt Giessen und der hessischen Regierung, mit der Militärbehörde zu einem Übereinkommen wegen Überlassung der Städtischen Kaserne bezw. des Versorgungslazaretts zu gelangen, nunmehr bald zu einem erfolgreichen Abschluss führen werden. Ebenso ist zu hoffen, dass die von der Regierung in den Voranschlag eingestellten erheblichen Summen zum Neu- und Umbau von Instituten und Verwaltungsgebäuden im Landtag demnächst bewilligt werden.

Am 18. Januar fand eine Reichsgründungsfeier in der Stadtkirche statt, bei der Geheimerat Dr. Behaghel die Festrede hielt.

Die Teilnahme der Studierenden an den Leibesübungen hat gegen das Vorjahr erheblich zugenommen. Die Zahl der Übungsstunden ist von 1608 im Sommersemester 1920 auf 3328 im Sommersemester 1921, und von 1474 im Wintersemester 1920/21 auf 4177 im Wintersemester 1921/22 gestiegen. Es ist im Laufe des Jahres gelungen, auch die Korporationen, die bisher noch nicht an den Übungen teilnahmen, zur Teilnahme zu veranlassen, und es ist dringend zu wünschen, dass auch die Nichtinkorporierten sich in grösserer Zahl als bisher an den Übungen beteiligen. Zum 1. Mal wurde an der Universität ein Kursus zur Ausbildung von Turnlehrern und Turnlehrerinnen zwecks Erwerbung der Turnfakultas durchgeführt und die Prüfung abgehalten. Im Sommersemester 1922 hat ein neuer Kursus begonnen. Die bedeutend gestiegene Besucherzahl zeigt, dass die Studierenden den Wert gründlicher turnerischer Ausbildung für das Lehramt erkennen und mithelfen wollen, die Erziehung unserer Jugend in Bahnen zu lenken, die zu einer harmonischen körperlich-geistigen Bildung führen.

Am akademischen Turn- und Spielplatz wurden die Einebnungsarbeiten zu Ende geführt, nicht zum wenigsten durch finanzielle Unterstützung der Studentenschaft. Für den weiteren Ausbau ist die Regierung um Hilfe gebeten worden.

Für die akademischen Wettkämpfe stiftete die Universität 2 Wanderpreise, 2 weitere Preise Herr Geheime Med.-Rat Professor Dr. Sommer.

Das studentische Turnen, Wettkämpfe, Schauturnen und Leistungsprüfungen sowie die Turnlehrerausbildung zeigen, dass die Landesuniversität wieder ein Stück vorwärts gekommen ist in ihrem Streben, die Leibesübungen in die Arbeit der Hochschule einzugliedern.

Der im Juli 1921 gegründete Verein „Giessener Studentenhilfe e. V.“, der es sich zur Aufgabe gesetzt hat, alle Massnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Notlage in der Studentenschaft zu fördern, hat eine rege Tätigkeit im laufenden Jahr entfaltet. So wurde durch ihn eine studentische Leihbücherei ins Leben gerufen, in welcher die notwendigsten Lehrbücher für längere Zeit ausgeliehen werden, ferner eine studentische Gärtnerei auf dem Seltersberg. Vor allem galt aber die Fürsorge des Vereins dem

Studentenheim, für welches der grösste Teil der nicht unbeträchtlichen Mittel, welche die Studentenhilfe aufgebracht hat, verwendet wurde. Der Betrieb des Studentenheims ist an Umfang derartig gewachsen, dass mit 350 Besuchern mittags und über 200 Gästen abends das Heim an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist, so dass noch eine Zweigstelle im katholischen Vereinshaus geschaffen werden musste. 100 Studenten können hier mittags speisen; ein Teil der Plätze ist kranken Studenten, welche Zusatzkost erhalten, vorbehalten.

Auch im abgelaufenen Jahre waren wissenschaftliche und gemeinnützige Gesellschaften und Private, der hessische Staat und die Stadt Giessen bemüht, die Universität durch Stiftungen an Geld- und Forschungsmitteln in der Erreichung ihrer wissenschaftlichen Ziele zu fördern und die in weiten Kreisen der Studentenschaft bestehende Notlage zu lindern.

Nachdem der Landtag bereits im Vorjahr einen grösseren Betrag bereitgestellt hatte zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Dozenten, die über kein gesichertes Einkommen verfügen, wurden von der Regierung neuerdings durch Erteilung zahlreicher neuer Lehraufträge weitere Mittel für diesen Zweck flüssig gemacht.

Für das Studentenheim leistete die Regierung einen Betriebszuschuss von 75000 Mark. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte vom 1. April 1921 an einen jährlichen Kredit von 5000 Mark für 5 Freitische für bedürftige Studenten. Ausserdem hat die Stadt Giessen für das Institut für Körperkultur auf die Dauer von drei Jahren einen jährlichen Zuschuss von 1000 Mk. bewilligt. Für Vervollständigung der Einrichtung des Medizinerheims stellte uns das Landesamt für das Bildungswesen weitere 3000 Mk. zur Verfügung.

Ausserordentlich wertvolle Zuwendungen verdanken wir wieder der unermüdlichen Tätigkeit der Hochschulgesellschaft. Als bedeutsamstes Ergebnis darf ich herausgreifen die Stiftung eines Betrages von 500000 Mark als Grundstock für den Neubau eines mineralogisch-geologischen Instituts.

Zur Förderung der Privatwirtschaftslehre errichtete der Generaldirektor der Erdmannsdorfer Aktiengesellschaft für Flachsgarn-Maschinenspinnerei und Weberei, Dr. h. c. Jacob Hildebrand in Zillertal-Erdmannsdorf die Dr. Jacob Hildebrandstiftung mit einem Kapital von 30000 Mark, das inzwischen auf 40000 Mark erhöht wurde.

Der Verlagsbuchhändler Dr. h. c. Theodor Oswald Weigel in Leipzig überwies der Landes-Universität zur Förderung der Botanik, insbesondere für pflanzenphysiologische Studien den Betrag von 60000 Mark.

Zur Förderung der deutschen und österreichischen medizinischen Wissenschaft haben japanische Ärzte eine ansehnliche Spende an die medizinischen Fakultäten beider Länder überwiesen. Der auf Giessen entfallende Anteil beträgt 20000 Mark.

Fast unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnet heute die Versorgung unserer Bibliotheken und Institute mit Auslandsliteratur. Der Ergänzung der während des Krieges und nachher entstandenen Lücken galt daher unsere stete Sorge. Ist doch eine gedeihliche Entwicklung der Wissen-

schaft nicht denkbar bei andauernder geistiger Isolierung eines Volkes. Ich darf mit Befriedigung feststellen, dass die zur Abwendung dieser allen Forschungsgebieten drohenden Gefahr von deutschen wissenschaftlichen Kreisen im Laufe des letzten Jahres in die Wege geleiteten Massnahmen bereits schöne Erfolge gehabt und auch in einem Teil des früher feindlichen Auslands, besonders Amerika, entgegenkommende Förderung erfahren haben, so dass wir hoffen dürfen, auf diesem Wege im Laufe der Zeit wenigstens die fühlbarsten Lücken schliessen zu können. Ich muss mich darauf beschränken, aus der grossen Zahl der Geschenke, durch die im letzten Jahre unsere Bibliothek bereichert wurde, einige wichtigere herauszugreifen. So stellte uns die Hochschulgesellschaft abermals den Betrag von 35000 Mark zur Ausfüllung von Kriegslücken zur Verfügung. Zur Ergänzung ausländischer Literatur wurden dem früher gestifteten Stock weitere rund 10000 Mark zugeführt. Das Staatsarchiv in Darmstadt überwies etwa 200 Bände aus der nachgelassenen Bibliothek der verstorbenen Giessener Universitäts-Professoren Höhlbaum und Ernst Vogt, wodurch unsere geschichtliche Literatur eine sehr wertvolle Ergänzung erfuhr. Die Firma H. Schaffstädt & Co. in Giessen stiftete 3000 Mark. Eine erfreuliche Übung, die immer mehr in Aufnahme kommt, ist die Zuwendung älterer und vor allem der neu erscheinenden Werke von Lehrern unserer Universität durch die Verfasser. Möge diese schöne Sitte bald Allgemeingut aller Beteiligten werden!

Für Beschaffung ausländischer Literatur sorgte in erster Linie die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft durch ihren Bibliotheksausschuss. Sie liefert nicht nur dauernd zahlreiche ausländische Zeitschriften, sie stellte auch ausländische Bücher bis zum Gesamtwert von 200000 Mark zur Verfügung. Dank der teilweisen Wiederanknüpfung der alten wissenschaftlichen Beziehungen zum ehemals feindlichen Ausland haben uns die Carnegie Institution of Washington und andere wiederholt grosse Sendungen ihrer Veröffentlichungen zugehen lassen. Andere ausländische Vereinigungen haben sich die Zuführung wissenschaftlicher Literatur der valutastarken Länder nach Deutschland oder die Erleichterung des Bezugs zur Aufgabe gemacht.

Besonders gedenken möchte ich an dieser Stelle noch der Stiftung der Erben des verstorbenen Geh. Kirchenrats Prof. D. Samuel Eck, die den handschriftlichen Nachlass dieses unverrückbar in unserer Erinnerung stehenden hervorragenden Gelehrten den Handschriftenschätzen der Universitätsbibliothek zugeführt haben.

Auch den Instituten und Seminaren sind zahlreiche Geschenke zugegangen.

Für das theologische Seminar schenkte die Firma J. C. B. Mohr (Dr. Siebeck) in Tübingen zahlreiche wertvolle Werke ihres Verlags.

Das hygienische Institut erhielt von Herrn Prof. Dr. Looss, Giessen, eine grössere Anzahl ausländischer medizinischer Veröffentlichungen, insbesondere aus dem Gebiet der Tropenmedizin und von Herrn Geh. Hofrat Prof. Dr. Pasch ein Werk von Pauline Cohn: „Ferdinand Cohn — Blätter der Erinnerung“.

Der chemischen Abteilung des physiologischen Instituts überwies Frl. cand. chem. Margarete Wildt 300 Mark.

Viele wertvolle Zuwendungen verdanken wir wieder der Firma Ernst Leitz, Optische Werke, in Wetzlar. Sie überwies der Apotheke der Universitätskliniken ein Mikroskop mit Zeichenokular, Okularmikrometer und Mikroskopierlampe, der chirurgischen Klinik eine Linse für ein Mikroskop, dem physiologischen Institut ein Okularschraubenmikrometer und einen Kreuztisch für Mikroskopie, dem physikalischen Institut eine vollständige Ausstattung des grossen Projektionsapparates mit den Einrichtungen für Versuche im polarisierten Lichte, einen Opakilluminator, vier polierte Quarzplatten für Reststrahlversuche und ein Didymglaspräparat. Das physikalisch-chemische Institut erhielt zwei Bogenlampen mit Widerständen, mehrere Objektive und Okulare, das botanische Institut mehrere wertvolle optische Instrumente und einen gläsernen Impfkasten für bakteriologische Zwecke, das Forstinstitut einen Projektionsapparat für diaskopische-, episkopische- und Mikroprojektion. Das dem Institut gehörige Mikroskop hat die Firma zum Gebrauch für Mikroprojektion kostenlos umgearbeitet.

Dem physikalifchen Institut schenkte Herr Hensoldt in Wetzlar einen Spektralapparat, eine Anzahl Prismen und Linsen, die Firma Schott u. Gen. in Jena ein Modell eines Stiazählers, die Firma Lichttherapie in Giessen eine Uviol-Quecksilberlampe, Herr Dr. Müller in Giessen die neuste Auflage von: Sommerfeld, Atombau und Spektrallinien, und Herr Th. Bergmann in Wetzlar Aluminium-Folie in grösserer Menge, desgl. Holzbretter für das Handfertigkeitspraktikum.

Das physikalisch-chemische Institut erhielt von Herrn A. Pfeiffer in Wetzlar eine Hochvakuum-Dampfstrahlpumpe, von Herrn Dr. Seibert in Wetzlar einen kleinen lichtstarken Spektrograph, von der Firma Schott u. Gen. in Jena 4 Minosverdichter, von Herrn Kommerzienrat Stoess, Ziegelhausen, eine Uviol-Lampe, von der Firma Carl Zeiss in Jena Zusatzteile zum Interferometer, das mineralogische und geologische Institut von der Firma Musäus in Vetschau wertvolle wasserdichte Planen. Auch dem geographischen Institut wurden von den verschiedensten Seiten ausserordentlich wertvolle Geschenke zuteil, die im einzelnen aufzuführen ich mir leider versagen muss.

Dem botanischen Institut überwiesen die Firma Hensoldt in Wetzlar ein Taschen-Mikroskop, Herr Geh. Kommerzienrat Gail einen Pomeranzenbaum im Kübel und die Herren Dr. G. Funk, Prof. Dr. Küster und Professor Dr. Looss Bücher und Broschüren.

Das Forstinstitut hat an Geschenken zu verzeichnen: von Herrn Forstmeister Haberkorn, Alsfeld, 71 photographische Waldaufnahmen aus Deutsch-Ost-Afrika aus dem Nachlass seines dort gefallenen Sohnes; von Herrn Schlossgartenverwalter Unselt in Schwetzingen wertvolle ausländische Sämereien, von Herrn Dr. Koide, Professor der Forstwissenschaft in Sapporo (Japan) 10000 Mark, von japanischen Forstvereinen

6000 Mark als Anteil an einer Zuwendung für die forstwissenschaftlichen Institute Deutschlands.

Dem Agrikulturchemischen Laboratorium schenkte Herr Kommerzienrat Ph. Gail für den Ausbau einer Beobachtungshalle eine grössere Anzahl Ziegel, die Landesbibliothek in Darmstadt überliess dem Institut schenkungsweise 10 Bände Jahresberichte der Agrikulturchemie.

Dem staatswissenschaftlich-statistischen Seminar überwies Herr Bankdirektor Gottschalk in Giessen 1000 Mark.

Herr Provinzialdirektor Dr. Usinger überwies dem historischen Seminar eine Anzahl Bände stenographischer Berichte der hessischen Landtagsverhandlungen.

Dem archäologischen Institut stellte die Hochschulgesellschaft u. a. 5000 Mark zur Verfügung zur Anschaffung von Lichtbildern. Für den gleichen Zweck stiftete ein Teilnehmer an den archäologischen Übungen 1000 Mark. Die Privatdozentin Frl. Dr. Bieber schenkte dem Institut den Abguss eines Reliefs mit jagender Artemis.

Das romanische Seminar erhielt von Herrn Justizrat A. Lindt in Darmstadt 100 Bände italienischer Klassiker-Ausgaben, ferner durch Vermittlung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft von der Berliner Universitäts-Bibliothek etwa 300 Bände Revue des deux mondes. Beide Schenkungen bilden eine ausserordentlich wertvolle Bereicherung unserer Auslandsliteratur. Einzelne wertvolle Werke französischer Autoren überwies ausserdem noch Frau San.-Rat Honigmann.

Dem englischen Seminar stifteten die Herren Karl Weinel in Chikago und Ludwig Weinel in Skelton (Amerika) 2000 Mark zur Beschaffung amerikanischer Literatur.

Das orientalische Seminar hat an Geschenken zu verzeichnen: Von Herrn B. Kahen, Inhaber der Buchhandlung „Jalkut" in Berlin, und Herrn Rabbiner J. Weinberg, Lektor der jüdischen Wissenschaften an unserer Universität, eine grössere Anzahl äusserst wertvoller hebräischer Werke; von unserem Lektor der türkischen Sprache, Herrn Mehmed Ali Bey, und Herrn Studiosus Machmud Sadeddin hier, 20 Bände sehr seltener und wichtiger türkischer Chroniken und von Herrn Khurschid Bey Wachbi, Chefingenieur in Damaskus, sowie Herrn cand. med. Hamdi Idilbi, hierselbst, eine Anzahl grundlegender arabischer Quellenwerke zur islamischen Mystik.

Auch diese Geschenke besitzen einen ganz bedeutenden wissenschaftlichen und materiellen Wert (40000 Mark).

Allen freundlichen Spendern sage ich im Namen der Landes-Universität herzlichen Dank.

Die Preisaufgaben sind auch in diesem Jahre nicht vollzählig bearbeitet worden und zwar sind Bewerbungsschriften nicht eingereicht worden für den staatlichen Preis der Theologischen Fakultät, die Preise der

Medizinischen Fakultät, sowie die Preise der Philosophischen Fakultät aus den Fächern der Botanik und Geographie.

Dagegen hat die Aufgabe für den Leydhecker-Preis der Theologischen Fakultät eine Bearbeitung gefunden. Sie lautete: Das Verhalten Englands gegenüber den deutschen evangelischen Missionen während des Weltkriegs. Das Urteil der Fakultät über die unter dem Kennwort „Deutsch sein heisst: eine Sache um ihrer selbst willen tun!" eingegangene Arbeit lautet: „Die Arbeit mit dem Motto: „Deutsch sein heisst: eine Sache um ihrer selbst willen tun" stellt eine umfassende und umsichtige Behandlung des Themas dar. Die Gliederung ist klar, das Urteil besonnen. Dass in der Hauptsache nur deutsche Literatur benutzt werden konnte, liegt in den Verhältnissen begründet. Die Fakultät erkennt dem Verfasser den vollen Preis zu. — Verfasser ist stud. theol. Paul Gerhard Schäfer aus Büdingen.

Die Aufgabe der juristischen Fakultät lautete: „Die Teilpacht im römischen und im heutigen Recht". Die Fakultät beurteilt die unter dem Kennwort „Strassburg" eingereichte Arbeit wie folgt: Der Verfasser tut nicht nur seine Vertrautheit mit dem antiken Recht und dessen Quellen dar, sondern leistet auch auf dem Gebiet des heutigen Rechts Erfreuliches, wobei er sich nicht nur auf das deutsche Recht beschränkt. Die Arbeit, die gutes juristisches Verständnis gepaart mit grossem Fleiss erkennen lässt, und selbständige, fördernde Gedanken enthält, ist lobenswert und erscheint des vollen Preises würdig. — Verfasser ist: Referendar Georg Eisser aus Darmstadt.

Die Aufgabe aus der Veterinärmedizinischen Fakultät lautet: Durch bakteriologische Untersuchungen ist zu ermitteln, ob der Bazillus pyogenes weiter verbreitet ist, als bisher festgestellt wurde. Das Urteil der Fakultät lautet: „Die Bearbeitung der Aufgabe ist logisch und mit Fleiss durchgeführt, sie hat recht beachtenswerte Tatsachen über die Verbreitung des Bazillus pyogenes gezeitigt. Die Arbeit ist des vollen Preises würdig." — Verfasser ist: Cand. med. vet. Willi Kappelhoff aus Welver.

Von den in der Philosophischen Fakultät gestellten Preisaufgaben sind bearbeitet:

1. Die Aufgabe aus der Römischen Philologie. Sie lautet: T. Pomponii Attici epistularum fragmenta et vestigia colligantur. Die Fakultät urteilt über die unter dem Kennwort „Emilia Borgia" eingegangene Arbeit folgendermassen: „Der Verfasser hat die Aufgabe durch eine sorgfältige Sammlung und umsichtige Ordnung des Materials gelöst. In einer Einleitung entwickelt er die Grundsätze für die Feststellung des Textes der Atticusbriefe aus den Antworten Ciceros. In Epilegomena fügt er Untersuchungen über den Stil der Briefe des Atticus bei, eine chronologische Tabelle legt die Briefe so weit als möglich fest. Damit ist das Thema in gründlicher Vollständigkeit behandelt. Die Fakultät erkennt die fleissige und tüchtige Arbeit des Preises würdig." — Verfasser ist: Dr. phil. Friedrich Kredel aus Bad Nauheim.

2. Die Aufgabe aus der Geologie: „Der Westrand der Lahnmulde." Die Fakultät urteilt wie folgt: „Die Arbeit mit dem Motto „Die Natur bleibt ewig respektabel, ewig bis auf einen gewissen Punkt erkennbar, ewig dem Verständigen brauchbar usw." fasst das in wissenschaftlicher und praktischer Beziehung wichtige Problem zunächst von der allgemeinen Seite an, um eine breite Basis für Spezialuntersuchungen zu geben. Auf der Grundlage gewissenhafter eigener Beobachtungen im Gelände und gestützt auf eine gute Literaturkenntnis ist es dem Verfasser gelungen, die Einordnung der Lahnmulde in die Geschichte der ganzen Rheinischen Masse klar zu stellen und zugleich vom Westrande neues zu geben. Eine vollständige Durcharbeit liegt nicht vor. Der verständnisvollen und selbständigen Arbeit ist dennoch der volle Preis zuzuschreiben." — Verfasser ist: stud. geol. Heinrich Richter aus Beenz.

3. Die Aufgabe aus der alten Geschichte: Die Verwendung der Begriffe populus und plebs auf den lateinischen Inschriften. Die Fakultät urteilt über die mit dem Kennwort Τῆς ’ἀρετῆς . . . . eingegangene Arbeit wie folgt: „Der Verfasser hat das in dem corpus inskriptionum Latinarum veröffentlichte weitschichtige Material mit Fleiss gesammelt und aus einer genauen Beobachtung des Sprachgebrauchs wichtige Schlüsse auf die staatliche Gliederung der römischen Municipalstädte ziehen können. Wenn auch die Darstellung nicht immer glücklich und eine geschichtliche Vertiefung der gewonnenen Ergebnisse notwendig ist, so hält die Fakultät dennoch die vorliegende Arbeit des vollen Preises für würdig." — Verfasser ist: Cand. phil. cl. Karl Lüll aus Giessen.

Für die Osann-Beulwitz-Stiftung sind folgende Arbeiten eingegangen und entsprechend dem Gutachten der Fakultäten mit Preisen bedacht worden:

1. Privatdozent und Prosektor am veterinär-anatomischen Institut Dr. Schauder: „Die fetale Entwicklung der „Sehnenmuskeln" des Pferdes." Preis 1500 Mark.

2. Stud. theol. Peter Brunner: „Begriff und Heilsbedeutung des Glaubens in Calvins Institutio und im Catechismus Genevensis". Preis 600 Mark.

3. Cand. phil. Karl Obmann: „Die Entwicklung der Begriffe δεισιδαιμονία und superstitio." Preis 600 Mark.

4. Cand. phil. Fritz Bender: „Die Liebfrauenkirche in Worms." Preis 600 Mark.

5. Stud. math. Heinrich Lotz: „Es soll für eine dreifach ausgedehnte Mannigfaltigkeit von konstantem Riemannschen Krümmungsmass, ausgehend etwa von der Riemannschen Form des Linienelements, die Geometrie oder wenigstens die Differentialgeometrie zweifach ausgedehnter Mannigfaltigkeiten einheitlich entwickelt werden." Preis 600 Mark.

Allen Preisträgern dieses Jahres spreche ich zu ihren Erfolgen die herzlichsten Glückwünsche der Landes-Universität aus.

Hiermit stehe ich am Schluss des Berichts, der Ihnen eine knappe Skizze von unserer Arbeit im letzten Jahre und den Aufgaben der kommenden entrollen sollte.

Wohl uns, dass das wissenschaftliche Streben kein Rasten und Ruhen kennt, dass wir für die trübe Gegenwart wie für die dunkle Zukunft einen fest umrissenen Pflichtenkreis besitzen; je treuer wir den Wahlspruch, der geschrieben oder ungeschrieben über allen akademischen Einrichtungen prangt, bewahren, desto stärker wird sich sein Segen an uns und dem Ganzen, dem wir dienen, erfüllen, und dieser Wahlspruch heisst:

Laboremus!

Hermann Grassmann †.

Hermann Grassmann ist geboren am 8. Mai 1857 in Stettin als Sohn seines gleichnamigen Vaters, der in zwei Wissenschaften, der Mathematik und der Sprachwissenschaft, Unvergängliches geleistet hat. Vom Vater hatte er die Neigung und die Anlage zur Mathematik geerbt. Nachdem er das Marienstiftsgymnasium, an dem sein Vater wirkte, durchgemacht hatte, studierte er 1875—80 in Leipzig und Halle Mathematik und wurde 1882 ordentlicher Lehrer und 1889 Oberlehrer an der Latina, dem Gymnasium der Franckeschen Stiftungen in Halle. Er promovierte 1893 bei der philosophischen Fakultät Halle und habilitierte sich 1899, einen langgehegten Plan ausführend, ebenda für Mathematik. Nachdem er 1902 den Titel eines ausserordentlichen Professors erhalten hatte, wurde er 1904 in das etatmässige Extraordinariat für Mathematik an unsere Landesuniversität berufen und erhielt zugleich einen Lehrauftrag für angewandte Mathematik. Über siebzehn Jahre hat er hier mit steigendem Erfolge gewirkt, während dieser Zeit fast alle Giessener Studierenden der Mathematik zu seinen Schülern gehabt und eine grosse Zahl für das Fach der angewandten Mathematik gewonnen. Im Sommer 1921 wurde er zum persönlichen Ordinarius befördert. Am 21. Januar 1922 erlag er einem Leiden, das ihn schon vor längerer Zeit befallen hatte, doch hatte er noch bis zu den Weihnachtsferien 1921 trotz mannigfachen Beschwerden seine Lehrtätigkelt ausgeübt. Verheiratet war er seit 1906 mit Margarethe geb. Holste. Seiner überaus glücklichen Ehe waren leider Kinder versagt geblieben.

Grassmann betrachtete es von jeher als seine Aufgabe, die von seinem Vater geschaffenen mathematischen Methoden, die vielzuwenig Beachtung gefunden hatten, möglichst vielseitig anzuwenden, um auf diese Weise ihre grosse Tragweite in das rechte Licht zu setzen. Seine Ergebnisse hat er, solange er noch Gymnasiallehrer war, in einer Reihe von Schulprogrammen veröffentlicht. Er hat so nacheinander die Differentialgeometrie, die projektive Geometrie und gewisse Probleme der analytischen Mechanik behandelt. Nachdem er Dozent geworden war und sich ganz der Wissenschaft widmen konnte, begann er die projektive Geometrie der Ebene auf Grund der Punktrechnung seines Vaters in einem gross ange-

legten Werke darzustellen. Ein erster umfangreicher Band dieses Werkes ist 1909 erschienen, von dem zweiten Bande der erste Teil 1913. Der zweite Teil liegt druckfertig vor, und es war ihm ein grosser Schmerz, dass die Zeitverhältnisse bisher den Druck vereitelt haben.

Eine frische, herzgewinnende Persönlichkeit, hat Grassmann in allen Kreisen, in denen er verkehrte, nur Freunde, nie einen Gegner gefunden. Alle seine Schüler, auf der Schule wie auf der Universität, brachten ihm Liebe und Verehrung entgegen. Sie werden ihm ebenso wie seine hiesigen Kollegen stets ein dankbares Andenken bewahren.

Geheimerat Prof. Dr. Alexander Naumann †.

Geheimerat Prof. Dr. Alexander Naumann wurde geboren am 31. Juli 1837 in Eudorf bei Alsfeld in Oberhessen und verlebte seine Jugend in Butzbach, wo sein Vater, Karl Naumann, evangelischer Pfarrer war. Ostern 1855 erwarb er sich das Maturitätszeugnis am Gymnasium in Darmstadt und studierte im Sommer 1855 bis einschließlich Wintersemester 1859/60 hauptsächlich Chemie, Winter 1861/62 und Sommer 1862 Mathematik, durchweg in Gießen. Am 17. Dezember 1858 promovierte er (ohne Dissertation) in Gießen, wurde im Sommer 1859 Assistent am chemischen Laboratorium der höheren Gewerbeschule in Darmstadt (jetzige technische Hochschule), Sommer 1860 bis einschließlich Sommer 1861 Assistent am chemischen Universitäts-Laboratorium Tübingen. Von Herbst 1862 war er Akzessist, vom Herbst 1865 ab Lehrer der Mathematik am Gymnasium zu Gießen. Am 2. April 1864 habilitierte er sich für Chemie an der Landes-Universität unter Beibehaltung der Mathematiklehrerstelle, wurde am 22. Juni 1869 zum außerordentlichen Professor ernannt und am 30. August 1882 zum ordentlichen Professor und Direktor des chemischen Laboratoriums als Nachfolger von Prof. Dr. Will. 1890 zum Mitglied der akademischen Administrationskommission (heute Verwaltungsausschuß) ernannt, versah er dieses Amt während seiner ganzen weiteren Dienstzeit.

Am 1. Oktober 1913 trat A. Naumann in den Ruhestand, 76 Jahre alt, und starb am 16. März 1922, nachdem er sich seine körperliche Rüstigkeit fast bis in das hohe Alter von 85 Jahren bewahrt hatte.

Die wissenschaftliche Tätigkeit A. Naumanns war fast ausschließlich der physikalischen Chemie gewidmet und alle Veröffentlichungen durch die er sich einen geachteten Namen verschafft hat, liegen auf diesem Gebiete und gehören der Zeit vor 1882 an, in welchem Jahre er als Nachfolger Wills die Direktion des chemischen Laboratoriums der Landes-Universität und die Vorlesungen über anorganische und organische Experimentalchemie übernahm. Denn dadurch wurde er notwendigerweise aus seiner ursprünglichen Schaffensrichtung abgedrängt und gezwungen, in Übungen und Vorlesungen sich mehr der reinen, präparativen und organischen Chemie zuzuwenden. Die Anzahl der rein chemischen Untersuchungen und Veröffentlichungen ist klein und stammt aus der Zeit zwischen 1861 nnd 1864, wo er

1860 und 61 als Assistent des bekannten organischen Chemikers Prof. Dr. Strecker, in Tübingen in dessen Arbeitsrichtung sich hineinfand. Es gehören dahin seine Habilitationsschrift über die Einwirkung von Brom auf Acetylchlorid und kurze Mitteilungen über die Chlorierung von Buttersäure und über die Ester der Benzoësäure und der Nitrobenzoësäuren. Eine Reihe kurzer, aber wissenschaftlich wertvoller und zum Teil mit seinen Schülern veröffentlichter Mitteilungen bezieht sich auf abnorme Dampfdichten, Dissoziationsvorgänge von Dämpfen, Zersetzungswärmen und ähnliche thermochemische Fragen, eine Reihe anderer beschäftigt sich mit der vom physikalischen Institut der Landes-Universität her übernommenen Untersuchung der Reaktionen von Salzen in nicht wässerigen Lösungsmitteln. (Naumann und Naumann mit Eidmann, Schulz, Vogt, Müller, Schröder, Bezold, Hamers in den Berichten der Deutschen chemischen Gesellschaft, Berlin, 1899 bis 1910.)

Auf physikalisch-chemischem Gebiet war wohl die bedeutendste Leistung Naumanns der 1869 erschienene Grundriss der Thermochemie, dessen zweite Auflage beträchtlich erweitert unter dem Titel Lehr- und Handbuch der Thermochemie 1882 bei Fr. Vieweg & Sohn in Braunschweig herauskam. Allgemeine Anerkennung erwarb sich auch die von Naumann verfaßte Allgemeine und Physikalische Chemie, erschienen als erste Abteilung des ersten Bandes des bekannten großen Handbuches der Chemie von Gmelin-Kraut.

Zum Schluß seien als Ergebnis der thermochemischen Untersuchungen Naumanns einige, über einen langen Zeitraum hin verstreute Aufsätze Naumanns über Heizungsfragen, Wassergasherstellung und Ausnützung von Koks als Brennstoff erwähnt.

Verzeichnis

der

Promotionen an der Landesuniversität

vom 1. Juli 1921 bis 30. Juni 1922.

I. Doktoren der Theologie.

Wilhelm Wahl, Kirchenrat und Pfarrer in Beienheim, honoris causa 20. 3. 1922

II. Doktoren der Rechtswissenschaft.

Ludwig Schmahl, Referendar aus Darmstadt 4. 7. 1921
Friedrich Nees, Referendar aus Mainz 12. 7. 1921
Julius Weinberg, Referendar aus Peckelsheim 3. 8. 1921
Anton Faller, cand. jur. aus Hainstadt 2. 9. 1921
Wilhelm Reeb, Gerichtsreferendar aus Mainz 2. 9. 1921
Hans Erich Wolff, cand. jur. aus Charlottenburg 2. 9. 1921
Otto Freund, Referendar aus Offenbach a. M. 7. 9. 1921
Clemens Funcke, cand. jur. aus Dortmund-Huckarde 7. 9. 1921
Wilhelm Römer, Referendar aus Siegburg 14. 9. 1921
Paul Arntz, Referendar aus Opladen 26. 9. 1921
Julius Baur, Referendar aus Wesel 26. 9. 1921
Harald Schlüter, Referendar aus Gütersloh 26. 9. 1921
Gustav Strenger, Referendar aus Gütersloh 8. 10. 1921
Eugen Weimann, cand. jur. aus Elberfeld 14. 10. 1921
Wilhelm Lemke, Referendar aus Hannover 20. 10. 1921
Hermann Lappe, cand. jur. aus Kaldenkirchen 21. 10. 1921
Paul Müller, Referendar aus Düsseldorf 25. 10. 1921
Leo Kaufmann, Referendar aus Trier 28. 10. 1921
Karl von Norden, Referendar aus Cöln 31. 10. 1921
Alfred zum Kley, cand. jur. aus Eupen 15. 11. 1921
Hermann Ungemach, Rechtsanwalt aus Elberfeld 27. 11. 1921
Rudolf Funke, Referendar aus Ober-Marsberg 1. 12. 1921
Hermann Huvendick, cand. jur. aus Augustental 1. 12. 1921
Hermann Frohnhäuser, Referendar aus Gießen 7. 12. 1921
August Schott, Referendar aus Bensheim 10. 12. 1921
Wilhelm Hoeynck, Referendar aus Altena i. W. 23. 12. 1921
Albert Dormanns, Referendar aus M.-Gladbach 2. 1. 1922

Hans van Treeck, cand. jur. aus Düsseldorf 2. 1. 1922
Fritz Krebs, Referendar aus Germersheim 5. 1. 1922
Joseph Möllers, cand. jur. aus Buer 12. 1. 1922
Erich Meyer, cand. jur. aus Berlin-Lichtenberg 19. 1. 1922
Karl Heinz Dillmann, Referendar aus Heidesheim 26. 1. 1922
Hugo Hoormann, cand. jur. aus Berlin-Schöneberg 26. 1. 1922
Max Ranis, Referender aus Groß-Zimmern 26. 1. 1922
Joseph Letschert, cand. jur. aus Baumbach 30. 1. 1922
Hans Marx, cand. jur. aus Bingen 30. 1. 1922
Kurt Albersheim, cand. jur. aus Emmerich 1. 2. 1922
Albrecht Kind, Referendar aus Remscheid 1. 2. 1922
Franz Röhm, cand. jur. aus Potsdam 7. 2. 1922
Hans Briegleb, Referendar aus Worms 15. 2. 1922
Karl Ludwig Berger, Referendar aus Witten a. d. Ruhr . . . 17. 2. 1922
Albert Blaess, Referendar aus Merzlich 25. 2. 1922
Karl Schaub, Referendar aus Viersen 25. 2. 1922
Fritz Wachtel, Referendar aus Friedberg i. H. 4. 3. 1922
Franz Wolters, Referendar aus Essen a. d. Ruhr 6. 3. 1922
Theo Bücher, cand. jur. aus Düsseldorf 8. 3. 1922
Heinrich Heiermann, Referendar aus Gerthe 8. 3. 1922
Heinrich Jacobi, cand. jur. aus Darmstadt 8. 3. 1922
Otto Blumenthal, cand. jur. aus Berlin 23. 3. 1922
Fritz Nieberding, Referendar aus Seefeld 24. 3. 1922
Ferdinand Meyer, Referendar aus Worms 28. 3. 1922
Franz Memmesheimer, cand. jur. aus Wallhausen 29. 3. 1922
Otto Engelbach, Referendar aus Darmstadt 21. 4. 1922
Otto Tewaag, Referendar aus Dortmund 21. 4. 1922
Hugo Voegler, cand. jur. aus Cassdorf 21. 4. 1922
Max Höschen, Referendar aus Bergheim 24. 4. 1922
Otto Horre, Referendar aus Zwingenberg 24. 4. 1922
Kurt Wehn, Referendar aus Frankfurt a. M. 24. 4. 1922
Erich Hans Kaden, Referendar aus Hochheim 28. 4. 1922
Felix Röttgen, Referendar aus Wattenscheid 28. 4. 1922
Bernhard Ruwisch, Referendar aus Cöln 1. 5. 1922
Rudolf Fischer, cand. jur. aus Schöneberg 3. 5. 1922
Wilhelm Haas, Referendar aus Stolberg 3. 5. 1922
Rudolf König, Referendar aus Siegen 3. 5. 1922
Alfred Cohen, Referendar aus M.-Gladbach 8. 5. 1922
Karl Frank, Referendar aus Cöln 8. 5. 1922
Wilhelm Schwarzhaupt, Referendar aus Frankfurt a. M. . . 9. 5. 1922
Gerhard Meyer, Referendar aus Duppach 10. 5. 1922
Walter Nordbeck, cand. jur. aus Essen 10. 5. 1922
Albert Luley, cand. jur. aus Mainz 11. 5. 1922
Wilhelm Jägers, cand. jur. aus Düsseldorf 11. 5. 1922
Rudolf Lüll, cand. jur. aus Giessen 11. 5. 1922

Friedrich Eckermann, Referendar aus Wiesbaden 12. 5. 1922
Hermann Gerson, Referendar aus Hamm 15. 5. 1922
Hans Globke, Referendar aus Düsseldorf 15. 5. 1922
Alfred Rabau, cand. jur. aus Berlin 15. 5. 1922
Clemens Böcker, cand jur. aus Münster 18. 5. 1922
Paul Rosenbaum, Referendar aus Essen-Ruhr 19. 5. 1922
Otto Stoffregen, cand. jur. aus Düsseldorf 22. 5. 1922
Erich Bromm, cand. jur. aus Neunkirchen 23. 5. 1922
Walter Hobein, cand. jur. aus Cöln 23. 5. 1922
Berthold Schwegmann, Referendar aus Rheydt 23. 5. 1922
Fritz Krichbaum, Referendar aus Pfungstadt 30. 5. 1922
Erwin Stock, cand. jur. aus Frankfurt a. M. 30. 5. 1922
Franz Wasiak, cand. jur. aus Düsseldorf 31. 5. 1922
Heinrich Conrad, Referendar aus Speicher 8. 6. 1922
Wilhelm Fleiter, Referendar aus Rheine 8. 6. 1922
Paul Krueger, Referendar aus Bonn 8. 6. 1922
Fritz Husten, cand. jur. aus Duisburg 12. 6. 1922
Walter Müller, cand. jur. aus Oderberg 12. 6. 1922
Gerhard Schulz, Referendar aus Magdeburg 14. 6. 1922
Ewald Meininghaus, Referendar aus Dortmund 14. 6. 1922
Georg Lenz, Referendar aus Breslau 17. 6. 1922
Reinhard Redlich, Referendar aus Düsseldorf 17. 6. 1922
Virgil Schoor, Referendar aus Crefeld 17. 6. 1922
Walter Klingspor, cand. jur. aus Giessen 20. 6. 1922
Robert Axmacher, Referendar aus Rheydt 22. 6. 1922
Wilhelm Bernauer, Referendar aus Darmstadt 22. 6. 1922
Edgar Honderich, cand. jur. aus Oberlahnstein 22. 6. 1922
Heinrich Schwirren, cand. jur. aus Allrath 22. 6. 1922
Peter Schneider, Referendar aus Welschbillig 24. 6. 1922

III. Doktoren der Medizin.

Arthur Looss, Dr. phil. Professor in Giessen, honoris causa . 23. 12. 1921
Helmut Schmidt, approb. Arzt aus Sobernheim 4. 7. 1921
Wilhelm Rupp, approb. Arzt aus Giessen 6. 7. 1921
Willy Engelhardt, approb. Arzt aus Giessen 26. 7. 1921
Marie Gürtler, approb. Aerztin aus Lauterbach 26. 7. 1921
Norbert Haas, approb. Arzt aus Fulda 26. 7. 1921
Alfred Casimir Stolz, approb. Arzt aus Flehingen 26. 7. 1921
Hedwig Zeiss, approb. Aerztin aus Erfurt 27. 7. 1921
Arnold Hilf, approb. Arzt aus Limburg 31. 8. 1921
Otto Zinsser, approb. Arzt aus Schotten 2. 9. 1921
Friedrich Heuck, approb. Arzt aus Moers 6. 9. 1921
Walter Teschemacher, approb. Arzt aus Velbert 6. 9. 1921
Karl Habicht, approb. Arzt aus Darmstadt 12. 9. 1921
Hans Moos, approb. Arzt aus Düsseldorf 13. 9. 1921

Wilhelm Schildwächter, approb. Arzt aus Giessen 5. 10. 1921
Ferdinand Schalloer, approb. Arzt aus Bromberg 8. 10. 1921
Alexander Kapp, approb. Arzt aus Nennig 14. 10. 1921
Erna Bruck, approb. Aerztin aus Würzburg 18. 10. 1921
Waldemar Krausse, approb. Arzt aus Brehna 4. 11. 1921
Oskar Foerster, approb. Arzt aus Meinerzhagen 23. 11. 1921
Karl Krämer, approb. Arzt aus Darmstadt 26. 11. 1921
Hellmut Becher, Dr. phil. approb. Arzt aus Remscheid . . . 28. 11 1921
Karl Joseph Kopp, approb. Arzt aus Cöln 5. 12. 1921
Hans Bauer, approb. Arzt aus Mannheim 8. 12. 1921
Walter Ritsert, approb. Arzt aus Darmstadt 8. 12. 1921
Klara Uebe, approb. Aerztin aus Berlin 15. 12. 1921
Ludwig Schmidt, approb. Arzt aus Altenbuseck 30. 12. 1921
Friedrich Zimmer, approb. Arzt aus Greene 30. 12. 1921
Fritz Weinberger, appr. Arzt aus Kissingen 31. 12. 1921
Walther Knape, approb. Arzt aus Treuenbrietzen 5. 1. 1922
Otto Neu, approb. Arzt aus Langenbach 5. 1. 1922
Walter Block, approb. Arzt aus Hagen i. W. 16. 1. 1922
Adolf Bohrer, approb. Arzt aus Oberstein 27. 1. 1922
Rudolf Wagner, approb. Arzt aus Mühlheim a. M. 28. 1. 1922
Fritz Kuhlmann, approb. Arzt aus Hildesheim 2. 2. 1922
Robert Fricke, Dr. phil. approb. Arzt aus M.-Gladbach . . . 13. 2. 1924
Friedrich Koelschtzky, approb. Arzt aus Rufach (Oberelsass) 13. 2. 1922
Joseph Koch, approb. Arzt aus Fulda 23. 2. 1922
Gertrud Weisel, approb. Aerztin aus Hungen 27. 2. 1922
Nikolaus Schmitt, approb. Arzt aus Lindenfels i. O. 3. 3. 1922
Adolf Sternberg, approb. Arzt aus Weilburg 16. 3. 1922
Lotte Caminer, approb. Aerztin aus Elberfeld 23. 3. 1922
Wilhelm Kilian, approb. Arzt aus Straßburg i. Els. 23. 3. 1922
Alfred Söhngen, approb. Arzt aus Weilmünster 23. 3. 1922
Ernst Körner, approb. Arzt aus Sterbfritz 28. 3. 1922
Johannes Schneider, approb. Arzt aus Hochneukirch 28. 3. 1922
Konrad Zinn, approb. Arzt aus Maar 28. 3. 1922
Hans Schnabel, approb. Arzt aus Dippoldiswalde 30. 3. 1922
Alex Holthaus, approb. Arzt aus Lüdenscheid 1. 4. 1922
Heinrich Hölzer, approb. Arzt aus Mainz 12. 4. 1922
Hertha Liebe, approb. Aerztin aus Freiberg i. Sa. 12. 4. 1922
Eduard Hertmanni, approb. Arzt aus Elberfeld 10. 5. 1922
Thessa Mulch, approb. Aerztin aus Giessen 10. 5. 1922
Karl Terhechte, approb. Arzt aus Stadtlohn 12. 5. 1922
Hans Entzeroth, approb. Arzt aus Fulda 17. 5. 1922
Theodor Keller, approb. Arzt aus Friedberg 17. 5. 1922
Paul Haensel, approb. Arzt aus Friedrich-Wilhelmshütte a. d. Sieg 27. 5. 1922
Elise Oehlke, geb. Rath, approb. Aerztin aus Elberfeld . . . 19. 6. 1922
Theo Swit, approb. Arzt aus Trier 28. 6. 1922

IV. Doktoren der Tierheilkunde.

Eugen Bostroem, Dr. med., Geh. Med.-Rat, Professor in Giessen, honoris causa	12. 10. 1921
Richard Oess, approb. Tierarzt aus Eggenstein	4. 7. 1921
Heinrich Weirauch, approb. Tierarzt aus Mainz	8. 7. 1921
Heinrich Meyer, approb. Tierarzt aus Cöln	14. 7. 1921
Lothar Ariess, approb. Tierarzt aus Rastatt	18. 7. 1921
Ludwig Hillenbrand, approb. Tierarzt aus Mühlhausen i. B.	27. 7. 1921
Carl Paul Schleimer, approb. Tierarzt aus Frankfurt a. M.	30. 7. 1921
Ludwig Göbel, approb. Tierarzt aus Wiesbaden	5. 8. 1921
Alfred Wassmer, approb. Tierarzt aus Weingarten	31. 8. 1921
Eduard Bissmann, approb. Tierarzt aus Saarbrücken	2. 9. 1921
Gottfried Forst, approb. Tierarzt aus Edern	10. 9. 1921
Karl Mössel, approb. Tierarzt aus München	13. 9. 1921
Theodor Ulrich, approb. Tierarzt aus Stadtprozelten	5. 10. 1921
Karl Römer, approb. Tierarzt aus Boxberg	8. 10. 1921
Karl Bloss, approb. Tierarzt aus Mainz	11. 10. 1921
Karl Trautwein, approb. Tierarzt aus Weingarten	26. 10. 1921
Joseph Fetscher, approb. Tierarzt aus Pfullendorf	28. 10. 1921
Heinz Frins, approb. Tierarzt aus Bottrop	8. 11. 1921
Emil Weingärtner, approb. Tierarzt aus Wölschbach	8. 11. 1921
Julius Hetz, approb. Tierarzt aus Stuttgart	17. 11. 1921
Emil Brinkmann, approb. Tierarzt aus Bottrop	25. 11. 1921
Ilmari Saarni, Tierarzt aus Lempaala (Finnland)	8. 12. 1921
Theodor Pohlmeyer, approb. Tierarzt aus Todtenhausen	9. 12. 1921
Rudolf Bontz, approb. Tierarzt aus Crailsheim	23. 12. 1921
Franz Gaul, approb. Tierarzt aus Petersberg	2. 1. 1922
Fritz Neufeld, approb. Tierarzt aus Pfeddersheim	6. 1. 1922
Franz X. Lang, approb. Tierarzt aus Bodolz	9. 1. 1922
Gustav Rütter, approb. Tierarzt aus Hönnepel	9. 1. 1922
Karl Haxsen, approb. Tierarzt aus Imsum	26. 1. 1922
Karl Wenk, approb. Tierarzt aus Bühl	26. 1. 1922
Erich Köbele, approb. Tierarzt aus Karlsruhe	9. 2. 1922
Johann Glombik, approb. Tierarzt aus Ratibor	14. 2. 1922
Gabriel Heinrich, approb. Tierarzt aus Metz	17. 2. 1922
Ernst Oehl, approb. Tierarzt aus Seligenstadt	28. 2. 1922
Fritz Haag, approb. Tierarzt aus Tübingen	4. 3. 1922
Hermann Geiger, approb. Tierarzt aus Bofsheim	9. 3. 1922
Heinrich Fröhlich, approb. Tierarzt aus Holzminden	10. 3. 1922
Karl von Seigneux, approb. Tierarzt aus Saarlouis	10. 3. 1922
Emil Donges, approb. Tierarzt aus Gonsenbach	15. 3. 1922
Paul Glietenberg, approb. Tierarzt aus Wallefeld	17. 3. 1922
Friedrich Hetzel, approb. Tierarzt aus Volkmannsgrün	31. 3. 1922
Wilhelm Wagner, approb. Tierarzt aus Berghausen	31. 3. 1922
Wilhelm Herdt, approb. Tierarzt aus Giessen	6. 4. 1922

Johannes Kapp, approb. Tierarzt aus Oberlahnstein 6. 4. 1922
Joseph Neuhalfen, approb. Tierarzt aus Rott 11. 4. 1922
Karl Horn, approb. Tierarzt aus Wersau 12. 4. 1922
Emil Walter Wolf, approb. Tierarzt aus Chemnitz 15. 4. 1922
Otto Wetzel, approb. Tierarzt aus Oppenheim 20. 4. 1922
Theodor Ebbeskotte, approb. Tierarzt aus Lechtingen . . . 24. 4. 1922
Arthur Seibert, approb. Tierarzt aus Ellweiler 24. 4. 1922
Franz Leier, approb. Tierarzt aus Oberhausen 2. 5. 1922
Guy Oern, Tierarzt aus Wiborg (Finnland) 2. 5. 1922
Franz Gerdes, approb. Tierarzt aus Suhle 5. 5. 1922
Hubert Breitenstein, approb. Tierarzt aus Wachstedt . . . 17. 5. 1922
Karl Schuchmann, approb. Tierarzt aus Gross-Gerau 23. 5. 1922
Emil Ohl, approb. Tierarzt aus Püttlingen 26. 5. 1922
Ludwig Hoffmann, approb. Tierarzt aus Brensbach 12. 6. 1922
Ernst Heidermann, approb. Tierarzt aus Hamminkeln . . . 13. 6. 1922
Moritz Benjamin, approb. Tierarzt aus Lüzelsachsen 19. 6. 1922

V. Doktoren der Philosophie.

Alfred Ganz, Generaldirektor zu Mainz, honoris causa 17. 12. 1921
Theodor Oswald Weigel, Verlagsbuchhändler zu Leipzig, honoris causa 31. 12. 1921
Karl Budde, D. Geh. Konsistorialrat, ord. Professor der Theologie an der Universität Marburg, honoris causa 2. 3. 1922
Paul Schazmann, Architekt zu Genf, honoris causa 10. 5. 1922
Benjamin Cohen, stud. phil. aus Altona 11. 7. 1921
Heinrich Simon, Pfarrer aus Eichloch 11. 7. 1921
Heinrich Arcularius, Dr. med. vet. approb Tierarzt aus Schotten 2. 9. 1921
Eliser Posen, stud. phil. aus Frankfurt a. M. 2. 9. 1921
Martin Wagenschein, aus Giessen 13. 9. 1921
Karl Hessemer, Feuilletonschriftleiter aus Zürich 8. 10. 1921
Magda Kleberger, geb. Kayser, Lehramtsreferendarin aus Worms 8. 10. 1921
Hellmuth Lahr, Landwirtschaftslehrer aus Zwingenberg . . . 8. 10. 1921
Otto Rössler, Diplomlandwirt aus Baden-Baden 8. 10. 1921
Wilhelm Mollat, cand. rer. pol. aus Frankfurt a. O. 18. 10. 1921
Meta Wachsner, cand. phil. aus Groß-Strehlitz 11. 11. 1921
Friedrich Wagner, cand. chem. aus Darmstadt 14. 11. 1921
Gottlieb Stephan, Mittelschullehrer aus Esens 21. 11. 1921
Hanna Stoss, Volksschullehrerin aus München 21. 11. 1921
Hans Wysk, Lehramtsreferendar aus Hochheim a. M. 13. 12. 1921
Hermann Lang, cand. chem. aus Würzburg 14. 12. 1921
Friedrich Nicolai, stud. phil. aus Grossen-Buseck 19. 12. 1921
Traugott Baumgärtel, cand. phil. aus Düsseldorf 31. 12. 1921
Hans Roloff, cand. phil. rec. aus Giessen 31. 12. 1921
Alfred Ilgner, cand. rer. nat. aus Berlin 2. 1. 1922

Heinrich Wesp, cand. rer. nat. aus Darmstadt 5. 1. 1922
Hans Georg Joseph, cand. rer. nat. aus Charlottenburg . . . 11. 1. 1922
Karl Sang, cand. phil. aus Bruchenbrücken 31. 1. 1922
Elisabeth Ahlgrimm, cand. phil. aus Hamburg 15. 2. 1922
Hildegard Rogge, cand. phil. aus Wilhelmshaven 20. 2. 1922
Rudolf Becker. approb. Tierarzt aus Ülzen 28. 2. 1922
Johann Friedrich Leip, cand. phil. aus Nierstein 28. 2. 1922
Nathan Cahn, cand. phil. aus Fulda 22. 3. 1922
Ernst Mohr, cand. theol. aus Elmshorn 27. 3. 1922
Friedrich Wulf, cand. päd. aus Streek (Oldenburg) 29. 3. 1922
Wilhelm Menger, cand. rer. nat. aus Griesheim i. H. 30. 3. 1922
Max Widemann, Fabrikdirektor aus Leipzig 3. 4. 1922
Walther Wolff, cand. rer. nat. aus Limburg 4. 4. 1922
Richard Hees, cand. phil. aus Derschen 11. 4. 1922
Heinrich Gilbert, Studienrat aus Heuchelheim 20. 4. 1922
Philipp Helfert, Landwirtschaftslehrer aus Giessen 21. 4. 1922
Hans Winn, Landwirtschaftslehrer aus Giessen 28. 4. 1922
Georg Dickhaut, Landwirtschaftslehrer aus Riebelsdorf . . . 11. 5. 1922
Walter Sittig, Landwirtschaftslehrer aus Frankfurt a. M. . . . 24. 5. 1922
Anton Münzenberger, stud. agr. et jur. aus Nieder-Saulheim 29. 5. 1922
Robert Alffen, cand. phil. aus Giessen 30. 5. 1922
Kurt Holtzmann, cand. phil. aus Giessen 31. 5. 1922
Josef Steiner, cand. chem. aus Altaltmannshausen 3. 6. 1922
Hugo Friedrich Heymann, ev. Pfarrer aus Rodheim a. Bieber . 6. 6. 1922
Karl Biechele, cand. chem. aus Eichstätt 9. 6. 1922
Jakob Günther, Diplomlandwirt aus Zeiskam 9. 6. 1922
Otto Aller, stud. hist. aus Weberstedt 13. 6. 1922
Ludwig Bergmann, Assistent aus Wetzlar 14. 6. 1922
Arthur Velten, Studienreferendar aus Wetzlar 20. 6. 1922
Hans Collischonn, stud. chem. aus Mombach 21. 6. 1922
Jakob Möll, Lehramtsassessor aus Worms 21. 6. 1922
Friedrich Maurer, cand. phil. aus Lindenfels i. O. 30. 6. 1922

VI. Doktoren der Staatswissenschaften.

Hans Pradel, cand. rer. pol. aus Bergbruck-Tasdorf 22. 9. 1921
Eugen Braumann, cand. rer. pol. aus Bochum 21. 11. 1921
Wilhelm Blanck, cand. rer. pol. aus Buschhof 7. 12. 1921
Hans Muschke, cand. rer. pol. aus Potsdam 30. 12. 1921
Kurt Herrmann, cand. rer. pol. aus Berlin 7. 3. 1922
Heinrich Richard Zetzsche, Dr. jur., Geh. Regierungsrat aus Plauen i. V. 10. 3. 1922
Otto Nahnsen, cand. rer. pol. aus Schönebeck a. d. Elbe . . 22. 3. 1922
Hanns Calmann, cand. phil. aus Hamburg 7. 4. 1922
Walther Schneider, cand. rer. pol. aus Oranienburg 12. 5. 1922
Heinrich Vigano, Syndikatsassistent aus Brilon 9. 6. 1922

VII. Aus Anlass des fünfzigjährigen Jubiläums wurden erneuert:

a) das Diplom als Doktor der Rechtswissenschaft:

Julius Vohsen, Geh. Justizrat zu Zwieselberg 9. 8. 1921
Ludwig Rüster, Landgerichtsdirektor, Geh. Oberjustizrat zu Darmstadt 30. 11. 1921
Karl Joseph Reinach, Geh. Justizrat, Rechtsanwalt zu Mainz . 4. 12. 1921

b) das Diplom als Doktor der Medizin:

Heinrich Pullmann, Sanitätsrat zu Undenheim 27. 7. 1921
Wilhelm Winther, Generaloberarzt zu Giessen 27. 7. 1921
Heinrich Müller, Geh. Sanitätsrat zu Mainz 7. 2. 1922

c) das Diplom als Doktor der Philosophie:

Franz Staudinger, Professor, Oberlehrer a. D. zu Darmstadt 23. 10. 1921